

Die „Freiheit“ erscheint morgens am nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M., im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband liegen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Gesamt-Mittelgebirge sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 30 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 25 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30b.

Die achtspaltige Annoncenzeile oder deren Raum kostet 4.— M. einschließlich Inserentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Inserentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Telefonnummer: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Aussperrung in Höchst

Ein lehrreicher Fall

Die Aussperrung in Höchst und Griesheim gewinnt immer mehr an Bedeutung über den lokalen Rahmen hinaus. Nicht weil die Ausdehnung der Bewegung zu einem umfassenderen Konflikt zu befürchten wäre und auch nicht deshalb, weil wir, ähnlich den Kommunisten, in jedem lokalen Streik den Auftakt zur Weltrevolution erblicken. Aber es zeigt sich immer deutlicher, daß die Aussperrung, die von den Unternehmern inzwischen auch auf die Dunlopwerke in Hanau ausgedehnt worden ist, die Aussperrung eines vom Unternehmertum wohlangelegten Planes darstellt.

Aber der Plan ist zur unrichtigen Zeit und auch sonst in ungeschickter Weise zur Ausführung gekommen. Die ersten Demonstrationen erschienen den Unternehmern als der passende Anlaß. Von der Direktion der Höchstler Farbwerke, der Keimzelle dieses wirtschaftlichen Ruins, der Scharfmacher, inspirierte Nachrichten meldeten dann auch im ersten Augenblick prompt „Erzesse“ der Arbeiterschaft. Ein im „Vorwärts“ enthaltener Bericht zeigt indes, daß davon keine Rede sein kann, wie wir auf Grund der weniger ausführlichen Berichte bürgerlicher Blätter bereits gestern betonten. Die Demonstrationen sind weder als Erzesse zu werten, noch bilden sie den Kern des Konfliktes. Die Ursache zu dieser Aussperrung ist darin zu suchen, daß die Arbeiterschaft der Höchstler Farbwerke die Arbeit niederlegte, weil die Direktion Vereinbarungen, die zwischen Belegschaft und einem Direktionsmitglied getroffen wurden, für ungültig erklärte. Der „Vorwärts“ berichtet dazu:

„Ein Direktionsbeamter, namens Müller, Oberleutnant a. D., hatte gelegentlich des Unglücks in Oppau die Bemerkung gemacht:

„Was liegt daran, es könnten noch viel mehr Proleten in die Luft gehen.“

Das läßt natürlich in der Arbeiterschaft eine große Erregung aus. Die Arbeiter legten zum Teil die Arbeit nieder, zogen vor das Direktionsgebäude und verlangten die Entlassung Müllers. Die Direktion erklärte, daß sie dies schon aus freien Stücken getan hätte. Daraus lehrten die Arbeiter wieder an ihre Arbeit zurück. Nachdem aber später das Gerücht verbreitet wurde, der Oberleutnant solle an einer anderen Stelle des industriellen Konzerns beschäftigt werden, zogen wieder Arbeitermengen vor das Direktionsgebäude und verlangten auch darüber Auskunft. Die Direktion versicherte dann, der Mann sei definitiv entlassen.

Zur gleichen Zeit, aber unabhängig von irgendwelchem Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft, wurde von einem Komitee, das sich gebildet hatte und auf das jedenfalls die Kommunisten einen sehr starken Einfluß ausübten, die Forderung an die Direktion gestellt, zunächst darüber Auskunft zu geben, wie die Art der Verteilung einer Summe von 12 Millionen Mark zu verstehen sei, die in der Jahresbilanz des Werkes für Unterstützungszwecke der Arbeiterschaft aufgeführt waren. Als sie darüber keine genügende Auskunft erhielten, verlangten sie eine einmalige Winterbeihilfe für sämtliche Arbeiter. Ueber diese Forderung fanden dann Verhandlungen statt, die mehrere Stunden dauerten. An ihnen nahm

auch der Regierungspräsident teil, ebenso der Landrat, Genosse Zimmermann, und die beiden Beigeordneten von Höchst. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, daß in Würdigung der außerordentlichen Notlage jedem verheirateten Arbeiter 1200 Mark, jedem ledigen 500 Mark und für jedes Kind 150 Mark Beihilfe gezahlt werden sollten. Der Vertreter der Direktion, Geheimrat Häuser, erklärte ausdrücklich, daß er ohne Rücksicht auf den Zwang der Verhältnisse dieses Zugeständnis bewilligt habe.

Eine Gruppe, auf die die Kommunisten wohl wieder ihren Einfluß ausübten, zog abermals vor die Direktion und erklärte, sie sei mit den Zugeständnissen nicht einverstanden. Es kam dann zu einigen unliebsamen Zwischenfällen. Im allgemeinen sind Ruhe und Ordnung wieder eingetreten. Am Sonnabend war alles ruhig.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug am Sonnabend die Einladung der Direktion zu einer Betriebsversammlung ein, in der sie erklärte, daß es ihr nicht möglich sei, die Zugeständnisse eines Direktionsmitgliedes, eben dieses Geheimrats Häuser, zu erfüllen. Daraus wurde die Aussperrung erklärt.“

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet außerdem, daß die vom Arbeitgeberverband der chemischen Industrie gegebene Darstellung über die Ursachen der Aussperrung im wesentlichen unrichtig ist. Die von der Arbeiterschaft bestellten Kommissionen haben am Donnerstag keine Zugeständnisse erzwungen, sondern nur Vereinbarungen zu treffen gesucht, die auf anderen Tarif- und Lohnverhandlungen, die zum Teil sehr weit zurückliegen, basierten.

Somit kann das Unternehmen der Scharfmacher von Höchst und Griesheim, der Arbeiterschaft einen Schlag zu verfehlen und die Öffentlichkeit über die Ursachen des Konfliktes zu täuschen, bereits als gescheitert angesehen werden. Deswegen als gescheitert, weil sich die Arbeiterschaft von den schlichtest erwarteten „Erzessen“ zurückgehalten und die Erledigung ihrer Forderungen in die Hände ihrer ordnungsmäßig gewählten Gewerkschaftsvertretungen gelegt hat. Das ist die Lehre für die Arbeiterschaft und der eine Grund, weshalb wir in den Vorgängen in Höchst eine bedeutende Erscheinung sahen.

Dann aber müssen wir unsere schon gestern vorgetragene Aufforderung an den Reichsarbeitsminister zum Eingreifen wiederholen. Hier liegt der Fall vor, daß eine Unternehmergruppe ohne sichtlichen Grund, zum mindesten ohne daß die Arbeiterschaft einen Anlaß dazu gegeben hätte, eine Anzahl großer Betriebe stilllegt, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Schäden, die daraus entstehen müssen. Hat das Arbeitsministerium, in dem fortgesetzt auf gesetzliche Mittel zur Einschränkung der Streiks geschlossen wird, kein Mittel, um ein solches herausforderndes Benehmen der Unternehmer zu verhindern? Zumal ausgerechnet die chemische Industrie zu solchen Taten schreitet in dem Augenblick, wo, wie immer deutlicher erkennbar wird, in Oppau Hunderte von Arbeitern durch die Schuld der Industriellen ihr Leben eingebüßt haben und andere Hunderte für ihr Leben an Leib und Gut geschädigt worden sind.

pauer Wert verbundenen Industrie-Konzerne in stärkstem Maße heranzuziehen.

Wir begrüßen diesen Beschluß, der die Forderungen aufstellt, für die auch wir von vornherein eingetreten sind. Wichtig ist vor allem, daß der Stickstoff-Konzern zur Deckung der Entschädigungssummen herangezogen wird.

Die Totenliste von Oppau

Bis jetzt 414 Tote

Ludwigshafen, 27. September.

Die vierte Totenliste weist 14 Namen auf, so daß die Zahl der bis jetzt festgestellten Toten 414 beträgt. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 75. Die Zahl der von den Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist von 78 auf 160 gestiegen.

Nach einer Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind inzwischen in den Krankenhäusern von Ludwigshafen, Mannheim, Frankenthal und Heidelberg 185 Schwerverletzte gestorben, so daß sich die Gesamtzahl der Toten beträchtlich erhöht. Nach den bisher veröffentlichten vier Totenlisten sind der Oppauer Katastrophe 95 Prozent Männer und 5 Prozent Frauen und Mädchen zum Opfer gefallen. 75 Prozent der tödlich Verunglückten sind in Ludwigshafen und Oppau selbst beheimatet, während die übrigen meist aus Frankenthal, Edigheim und Mannheim, sowie den Nachbarorten stammen. In der Heidelberger Klinik befinden sich über 40 Verunglückte, darunter mehrere junge Mädchen im Alter von 14—18 Jahren, die ihr Augenlicht verloren haben.

(Siehe auch Seite 3.)

Hilfe für die Opfer von Oppau

Stellungnahme des A. D. G. B. und des Afa-Bundes zur Hilfsaktion — Notwendigkeit des Eingreifens der Gesetzgebung

Der A. D. G. B. und der Afa-Bund geben zu der Hilfsaktion für Oppau folgende gemeinsame Stellungnahme bekannt:

Die erschütternde Katastrophe von Oppau, hervorgerufen durch die Entzündung bedeutender Massen explosibler Stoffe in unmittelbarer Nähe einer Ortschaft und inmitten Tausender von Beschäftigten weist gebieterisch auf die Notwendigkeit des sofortigen Eingreifens der Gesetzgebung hin. Einmal müssen die durch die Katastrophe als völlig unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorschriften einer grundlegenden Nachprüfung unterzogen werden, unbeschadet der mit allem Nachdruck durchzuführenden Ermittlung über schuldhaft oder fahrlässige Verstöße. Die bestehenden, völlig ungenügenden Unfallentschädigungsbestimmungen, und zwar sowohl an Sach- wie Leibschäden, machen die sofortige Inangriffnahme einer Reform des geltenden Rechts, insbesondere der Unfallversicherung, der A. D. G. B. notwendig.

Zur sofortigen Binderung der entstandenen Notlage ist durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Geldentwertung Rechnung tragende Entschädigung der von dem Unglück Betroffenen oder ihrer Hinterbliebenen zu zahlen ist. Bis zur endgültigen Festlegung der Entschädigungssummen sind Auszahlungen in angemessener Höhe zu leisten. Zur Deckung der zu leistenden Entschädigungssummen sind die mit dem Op-

Was nicht geschah!

Wenn es mit dem Schutze der Republik vor dem reaktionären Ansturm ernst werden soll, so muß die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten möglichst schnell durch gesetzliche Maßnahmen ersetzt werden. Ihren Hauptinhalt muß einmal eine gründliche Justizreform bilden, die dem Volke entscheidenden Einfluß auf die Rechtspflege gewährt; sodann muß die gesetzliche Möglichkeit gegeben werden, Beamte, Offiziere und Richter, die im Amt und in der Deffektivität monarchistische Gesinnung befehlen, aus den Staatsministerien zu entfernen.

Aber so notwendig dieses Gesetz ist, manches, und nicht gar so wenig, hätte bereits geschehen können, wenn die Männer, die bisher an der Spitze der Ministerien standen, die notwendige Energie gezeigt hätten. Welche Mittel standen bis jetzt schon zur Verfügung, um für die Durchführung der Verwaltung mit republikanischem Geist und Willen zu sorgen?

Jeder Minister ist in der Lage, eine Verteilung der Dezernate (obersten Abteilungen) in seinem Ministerium nach seinem eigenen freien Ermessen vorzunehmen. Er hat also die Möglichkeit, Beamte, von denen er eine Beeinträchtigung seiner Politik befürchten muß, an Stellen zu setzen, in denen sie nichts zu schaden vermögen. Dieses Mittel ist einmal im November 1918 in einem Reichsministerium angewandt worden. Aber dieses Ministerium ist bis jetzt das einzige geblieben, und der diese Aenderung durchgeführt hat, war nicht etwa ein Sozialist.

Die republikanische Regierung, und dies ist das zweite Mittel, hat das Recht, die politischen Beamten der Ministerien, d. h. die Staatssekretäre und die Ministerialdirektoren zur Disposition zu stellen, also unter Fortzahlung des Gehalts aus dem aktiven Dienst zu entlassen. Dasselbe Recht steht den Landesregierungen gegenüber den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten zu. Auch von diesem Mittel hat man bisher einen mehr als sparsamen Gebrauch gemacht, eine große Zahl von Leuten mit erreaktionärer Gesinnung sind noch heute in ihren Stellungen. Das gilt insbesondere auch von dem sehr wichtigen Reichsministerium des Innern.

Ein drittes Mittel wäre darin gegeben, neue Kräfte aus anderen Kreisen als denen, die bis zur Umwälzung das Monopol auf die Beamterbeziehung faktisch innehatten, nunmehr heranzuziehen. Wir hatten in den ersten Jahren nach der Revolution einen starken Abfluß von Beamten in die Industrie. Es wäre deshalb möglich gewesen, zu einem Neuaufbau des Beamtenkörpers zu kommen. Allerdings waren geeignete Kräfte nicht im Ueberflusse vorhanden, aber bei ernstem und nachdrücklichem Bemühen wären sie zu finden gewesen. Aber gerade da fehlte der Widerstand der alten Beamenschaft ein. Sie erkannten frühzeitig, daß die Heranziehung neuer Kräfte, insbesondere auch die Ernennung von bisherigen Angestellten zu Beamten nicht nur ihre wirtschaftliche Stellung, sondern auch ihre politische Macht beeinträchtigen würde. Die alte Beamenschaft, und namentlich die höheren Beamten, sann deshalb auf Methoden, die ihr das bisherige unbefruchtete Monopol in der Staatsverwaltung auch für die Zukunft sichern würden. Der Sieg dieser zielbewussten Bestrebungen wurde im Reich das Reichsministerium des Innern und das Reichsfinanzministerium.

Das Reichsministerium des Innern gab eine Anzahl von Erlassen heraus, durch die es den Erwerb der Beamteneigenschaft an eine Reihe von Bedingungen knüpfte, die im wesentlichen nur von Personen erfüllt werden können, die schon im alten Regime in irgend einer Form im Staatsdienst standen. Es verlangte ein gewisses Mindestlebensalter und eine gewisse Mindestdauer der Betätigung im Staatsdienst; es knüpfte ferner den ausnahmsweisen Verzicht auf diese Bedingungen an eine Genehmigung des Reichsministers des Innern. Auch verordnete es, daß die Uebernahme von bisherigen Angestellten als Beamte mit Rücksicht auf die zahlreichen nach Deutschland zurückgeströmten Beamten aus den Kolonien sowie den abgetretenen Gebieten eine seltene Ausnahme bleiben müsse, die der Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Reichsministers der Finanzen in jedem einzelnen Falle bedürfe. Dabei handelt es sich gerade um solche Beamtenkategorien, bei denen eine extreme nationalistisch-monarchistische Gesinnung die Regel ist. Darüber hinaus wurde beim Reichsministerium des Innern eine sogenannte Beamten-Ausschleissliste eingerichtet, die vor der etatsmäßigen Uebernahme von Angestellten und Beamten ihre Zustimmung geben mußte und häufig nicht gab, mit der Begründung, daß aus den vorhandenen Beamtenbeständen Anwärter vorhanden seien.

Auch das Reichsfinanzministerium wußte sich entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der Stellen in den Reichszentralbehörden zu schaffen. Im Ersparungen in der Verwaltung durchzuführen, erwirkte der Reichsfinanzminister einen Kabinettsbeschluß, wonach das Finanzministerium bei der Neubesezung erledigter Stellen das Recht hatte, die Stelle für überflüssig oder in eine niedrigere Stelle umwandelbar zu erklären; im Etat werden solche Stellen besonders

bermerkt. Um die Durchführung zu sichern, bedürfen die Ernennungsurkunden der Mitzeichnung des Finanzministers. Diese mit Sparmaßregeln gerechtfertigte und zunächst als rein formale Maßnahme gedachte Befugnis hat sich zu einem materiellen Recht des Finanzministeriums entwickelt, auf die Beförderung und Ernennung bestimmter Persönlichkeiten einzuwirken. Praktisch ist es heute so, daß das Finanzministerium und das Ministerium des Innern, allein oder vereint, jede ihnen nicht passende Ernennung mühelos vereiteln kann. Der einzelne Minister hat zwar das Recht, gegen die Entscheidung der genannten Ministerien das Kabinett aufzurufen. Aber dieses Recht steht auf dem Papier. Denn jeder Minister scheut den Vorwurf, er wolle nur einen seiner Richtung nahestehenden Beamten protegieren oder er wolle gar gegen Ersparungen ankämpfen. So ist die Befugnis des Ministers, dem Reichspräsidenten die von ihm für geeignet erachteten Kräfte zur Ernennung vorzuschlagen, praktisch so ziemlich außer Kraft gesetzt.

Wer sind nun aber die Personen, die die Rechte des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums ausüben? Im Ministerium des Innern ist es der frühere konservative Abgeordnete, Ministerialrat v. Jacoby, im Finanzministerium Ministerialdirektor v. Schlieben, früher ostpreussischer Landrat. Beide Herren haben aus ihrer deutschnationalen politischen Auffassung niemals ein Hehl gemacht. Ihre Mitarbeiter haben die gleiche Gesinnung. Wunderlich ist es, daß die Ernennung von Sozialisten oder wirklichen Republikanern zu Beamten trotz sozialistischer Minister nahezu ein Ding der Unmöglichkeit geworden ist?

Aber vielleicht wird es sich bessern, wenn Führer der Deutschen Volkspartei in die Regierung eintreten.

Die Wirkung von Görlich

Gefährdung des Achtstundentages

Die inoffiziellen Besprechungen über die Umbildung der Regierung in Preußen und im Reich dauern fort. Es wird berichtet, daß die Aussprache des Reichstanzlers mit Herrn Stresemann einen für die Koalitionsbildung nicht ungünstigen Verlauf genommen habe, obwohl gewisse Kreise der Deutschen Volkspartei sich vorläufig noch gegen einen Eintritt in ein Kabinett Wirth sträuben. Ihnen wird jedenfalls von den getreuen Taktikern der Partei klargemacht werden, daß sie ihre Feindschaft gegen die Politik Wirths in viel gefährlicherer und wirkungsvollerer Weise innerhalb der Regierung als außerhalb betätigen können. Daran braucht also die Koalition sicher nicht zu scheitern.

Interessanter sind die sachlichen Voraussetzungen. Es heißt, daß die Partei des Großkapitals Anspruch darauf macht, vor allem das Finanzministerium zu besetzen. Damit würde die Deutsche Volkspartei allerdings eine entscheidende Position für sich gewinnen, und auf die dann zu erwartende Steuerreform dürfte man gespannt sein. Die Deutsche Volkspartei hat bisher in der Steuerpolitik Seite an Seite mit Helfferich gekämpft, sie war die schärfste Gegnerin der Besitzsteuern. Jetzt soll ihr der Görlicher Beschluß ermöglichen, die Hand auf das Finanzministerium zu legen.

Aber es kommt noch besser. Das „Berliner Tageblatt“ weiß folgendes zu melden:

Man rechnet damit, daß im Zusammenhange mit dem Steuerprogramm auch die Frage der Achtstundearbeit beraten werden wird, die zurzeit dem Reichsrat vorliegt. Die Industrie scheint Wert darauf zu legen, daß, wenn sie größere Konzessionen in der Reparations- und Steuerfrage machen solle, nun auch die andere Seite, die Arbeiterchaft, sich mit einer Abschwächung des strengen Achtstundensprinzips einverstanden erklärt.

Wir haben kürzlich den Gesetzentwurf ausführlich besprochen und gezeigt, daß er eine Durchsicherung des Achtstundentages, seine Befestigung für sehr viele Arbeiterkategorien und einen sehr großen Teil der Angestelltenkategorie bedeutet. Das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften hat treffend geurteilt, daß nach diesem Gesetzentwurf mit seinen zahllosen Ausnahmen der Achtstundentag zur Ausnahme und die Ausnahmen zur Regel würden. Jetzt fordert die Bourgeoisie ganz unverhüllt von den Rechtssozialisten, das Achtstundensprinzip preiszugeben. Man muß schon sagen, die Herren verstehen sich auf das Geschäft. Sie haben dem Reiche einen Kredit nicht etwa gegeben, sondern versprochen. Ob dieser Kredit überhaupt zustande kommt, ob er insbesondere in der nötigen Höhe zustande kommt, ist überaus fraglich. Die Bourgeoisie verlangt dafür aber nicht nur, daß das Reich auf die Erfassung der Goldwerte verzichtet, sie verlangt nicht nur, daß der Kredit, der dem Reiche zur Verfügung gestellt werden soll, von ihr gegen die Steuern, die sie zu entrichten hat, aufgerechnet werde, sondern sie fordert für das noch gar nicht beschaffte Geld sofort Anteil an der Regierung und entscheidenden Einfluß auf die Steuergestaltung; sie fordert die Preisgabe der wichtigsten sozialpolitischen Erziehung, des Achtstundentages. Und nun mache man sich klar, daß bereits Demokraten und ein Teil des Zentrums Gegner des Achtstundentages sind, und daß diese Gegner jetzt eine entscheidende Verstärkung erfahren sollen durch die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung.

So steigern sich nach dem Görlicher Beschluß die Forderungen der sozialen und politischen Reaktion in geradezu unheimlicher Weise. Glaubt man im rechtssozialistischen Lager wirklich, daß in Görlich „nichts passiert“ sei?

Der arme „Vorwärts“

Der „Vorwärts“ hat wirklich mit seinen Versuchen, den Anglücksbeschluß von Görlich zu verteidigen, sehr wenig Glück, obwohl er sich die Sache dadurch sehr erleichtert, daß er die scharfe Kritik innerhalb der eigenen Partei völlig unterdrückt. So beruft er sich heute als Kronzeugen ausgerechnet auf eine Aeußerung der Nationalliberalen Korrespondenz, des offiziellen Organs der Deutschen Volkspartei. Die behauptet heute, daß ihre Partei nicht nur die Vertreterin der Industrie, sondern auch „aller anderen Berufs- und Schaffenskreise des deutschen Volkes“ sei. Gerade in der Deutschen Volkspartei befinden sich wesentliche Teile der Arbeiterchaft. Das nimmt der „Vorwärts“ beglückt zur Kenntnis und meint, daraus erklären sich die Gegensätze, die in der Deutschen Volkspartei immer wieder sichtbar werden.

Daß der „Vorwärts“ in der Partei, die er vor Görlich als Stimmepartei in der schärfsten Weise bekämpft hat, plötzlich nach Görlich auch Arbeiter erbeutet, ist ihnen gar einen Einfluß auf die Politik der Partei zuschreibt, ist wohl der Gipfel. Denn bisher

wußte man nur, daß der Deutschen Volkspartei höchstens von solchen Organisationen Gesellschaft geleistet wird. Der „Vorwärts“ ist also mit seiner Hoffnungslosigkeit glücklich bei dem Vertrauen zu den Selben angelangt.

So gehts, wenn man eine Sache vertreten muß, an die man innerlich selbst nicht glauben kann.

Verständigung mit Bayern

Aufhebung des Ausnahmezustandes am 15. Oktober

Drahmelung unseres Korrespondenten

München, 27. September.

Dem Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags lagen heute die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung getroffenen Vereinbarungen über die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August im abgeänderten Entwurf vor. In dem neuen Entwurf sind vor allem die §§ 4 und 7 geändert. Im § 4 wird bestimmt, daß für die Beschlagnahme von Zeitungen die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig sind. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und der Landeszentralbehörde entscheidet der Reichsratsausschuß.

§ 7 des neuen Entwurfs bestimmt, daß gegen ein Verbot die Beschwerde zulässig ist. Sie ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen. Diese kann ihr außer im Fall des § 4 Abs. 2 abhelfen. Andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem vom Reichsrat bestellten Ausschuß zur Entscheidung vorzulegen.

In den in Berlin getroffenen Vereinbarungen, die dem Verfassungsausschuß heute vorliegen, ist folgendes festgelegt:

„Die abgeänderte Verordnung wird spätestens am 29. 9. 1921 erlassen. Die bayerische Staatsregierung wird den Ausnahmezustand spätestens am 6. Oktober mit Wirkung vom 15. Oktober 1921 außer Kraft setzen. Die Zustimmung der bayerischen Regierung und des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtags zu dem vereinbarten Entwurf der neuen Reichsverordnung und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern ist dem Reichspräsidenten bis zum 28. 9. mitzuteilen. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ist die Landesregierung berechtigt, wenn Gefahr im Verzug ist, neuerdings den Ausnahmezustand zu verhängen. Die Reichsregierung wird einer solchen Maßnahme gegenüber eine lokale Haltung einnehmen. Die bayerischen Volksgerichte stehen mit dem Ausnahmezustand nicht im Zusammenhang und werden durch die darüber geführten Verhandlungen nicht berührt.“

Ministerpräsident Bredenfeld führte im Ausschuß u. a. aus, die Frage des Ausnahmezustandes habe eine Bedeutung angenommen, die weniger in der Sache, als in den Umständen begründet liege. In einem geordneten Staatswesen könne der Ausnahmezustand nicht zur Regel werden. Es sei auch zu bedenken, daß der Reichstag jederzeit den Ausnahmezustand in Bayern mit sofortiger Wirksamkeit aufheben könne. Auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes habe die bayerische Regierung noch genügend Machtmittel, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Die beste Gewähr für Ruhe und Ordnung liege aber im Volk selbst. Man soll nicht von Siegern und Bestiegen sprechen, sondern davon, daß mit den Vereinbarungen ein Ziel erreicht worden sei, das im Interesse der Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich eine absolute Notwendigkeit sei.

In der Aussprache erklärten die Koalitionsparteien ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen. Die Mittelpartei (Deutsch-nationale) erklärte ihre höchste Anzuehnlichkeit. Die Rechtssozialisten erklärten, ihre Bedenken zurückstellen zu wollen und für die Vereinbarungen einzutreten zu wollen. Der Redner der U.S.P., Genosse Dr. Bauer, begründete einen Antrag, der die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangt, und erklärte, daß die Zufriedenheit der bürgerlichen Parteien zeige, daß die Reichsregierung unter das kaudinische Joch der Bayern getreten sei. Seine Fraktion werde gegen die Vereinbarungen stimmen. Der Antrag der U.S.P. wurde abgelehnt, auch die Rechtssozialisten stimmten dagegen. Die Vereinbarung zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung wurde gegen die Stimmen der Mittelpartei und der U.S.P. angenommen. Weiter wurde ein Antrag gegen die Stimmen der

sozialistischen Parteien angenommen, der vom Zeitpunkt für die Aufhebung des Ausnahmezustandes sagt:

„Es bleibt dem pflichtmäßigen Ermessen der bayerischen Regierung überlassen, zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gekommen erachtet.“

Dieser Antrag diente lediglich Prestigezwecken. Sachlich ändert er nichts, weil die bayerische Regierung bereits verpflichtet hat, den Ausnahmezustand am 15. Oktober außer Kraft zu setzen.

Ein Brief Voehners

Voehner hat an den Verlag der „Freiheit“ folgendes Schreiben gerichtet:

Auf Grund der Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern vom 4. 11. 1919 und 8. 4. 1920, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und einstweilige Maßnahmen nach Artikel 48 Abs. IV der Reichsverfassung betreffend, erlasse ich folgende Anordnung:

1. Der Vertrieb, die Verbreitung und die Verteilung der Berliner Tageszeitung „Freiheit“ wird weiterhin verboten.
2. Die Oberpostdirektion München wird veranlaßt, die bei den Postanstalten ankommenden Stücke den Vorlesern vorzuenthalten und der Polizeidirektion München einzuliefern.
3. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Verlag zur Last. Gebühren bleiben außer Ansatz.

Gründe:

Die Tageszeitung „Freiheit“ mußte bereits unterm 12. Juni 1921 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verboten werden.

Seit diesem Zeitpunkt ist eine Aenderung der Haltung des Blattes nicht in die Erscheinung getreten. Vielmehr wird auch jetzt noch in einer keine Grenzen kennenden Art und Weise gegen die bayerische Regierung gehetzt und weite Volkskreise zum gewalttätigen Umsturz in Bayern aufzupeitschen versucht.

Es ist deshalb absolut keine Gewähr dafür gegeben, daß die Sprache der Druckschrift in Zukunft eine wesentlich gemäßigtere sein wird, weshalb zu verfügen war, wie geschehen.

Gegen das Verbot stellt dem Verlag jederzeit das Recht der Beschwerde zum Landgericht München I zu.

Der Staatskommissar für München Stadt und Land:
gez. Voehner.

An eine Beschwerde denken wir selbstverständlich nicht. Die Kosten für diesen vergeblichen Schritt können wir uns sparen. Wir möchten aber die neue bayerische Regierung fragen, wie lange sie diesem Treiben Voehners noch zuzusehen gedenkt.

Die neue Spaltung

Eine neue kommunistische Fraktion

Schneller als wir selbst erwarsten, können wir über weitere Veränderungen in der kommunistischen Reichstagsfraktion berichten. Die Abg. Levi, Adolf Hoffmann, Däumig, Geyer jr., Düwell, Frau Radwih und Reich haben sich unter dem Namen „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ zu einer neuen Fraktion zusammengeschlossen.

Gleichzeitig berichtet die „Rote Fahne“, daß Däumig und Hoffmann auch aus der kommunistischen Partei ausgetreten sind. Man wird deshalb in der Bildung der Arbeitsgemeinschaft wohl den ersten Versuch einer neuen Parteigründung erblicken dürfen. An Abgeordneten ist dieser Parteil splitter anscheinend aber reicher als an Mitgliedern.

Der dritte Bismarck-Band erschienen. Der dritte Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ ist nunmehr erschienen. Die erste Auflage in Höhe von 200 000 Exemplaren ist bereits verfaßt.

Ausbehnung des französischen Textilarbeiterkreises. Die Savas aus Lille berichtet, haben dort die Arbeiter einer weiteren Bebetel die Arbeit eingestellt. Die Zahl der Streikenden in Lille erreicht jetzt 3000.

Gesetz zum Schutze der Republik

Gegen den Monarchismus

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel I.

§ 1. Beamte im öffentlichen Dienst, Angestellte und Angehörige der Wehrmacht, die

- a) monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes äußern,
- b) auf Personen, die ihnen dienstlich unterstellt sind oder die sie zu unterrichten oder zu erziehen berufen sind oder mit denen sie aus dienstlicher Veranlassung in Verbindung treten, im Sinne monarchistischer Auffassung einwirken,
- c) die Kraft ihres Amtes ihnen zugänglichen Einrichtungen in den Dienst monarchistischer Bestrebungen stellen,
- d) als Dienstvoorgesezte Handlungen der a bis c bezeichneten Art dulden,
- e) die Leistung des Eides auf die Verfassung verweigern, werden aus dem Dienst entlassen.

§ 2. Die Entlassung wird durch die Reichsregierung ausgesprochen. Ein förmliches Disziplinarverfahren findet nicht statt.

§ 3. Gegen die Entlassung steht Betroffenen der Einspruch bei einem vom Reichstag aus seiner Mitte einzusetzenden Ausschuß zu. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 4. Die Dienstentlassung hat den Verlust der aus der Dienststellung hervorgehenden Rechte, insbesondere der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenberechtigung zur Folge.

§ 5. Beamte und Angehörige der Wehrmacht dürfen außerhalb des Dienstes keine Waffen tragen.

§ 6. Ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht sind zum Tragen der Militäruniform nicht berechtigt.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen der §§ 5 und 6 werden mit Haft bestraft.

Artikel II.

Die §§ 80, 81 Ziffer 1, 94 bis 101, 103 des Strafgesetzbuchs, § 71 der Strafprozessordnung, § 4 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung, die §§ 275 letzter Absatz, 479 Abs. 2, 482 der Strafprozessordnung, § 5 des Einführungsgesetzes zum Zivilprozessordnung und § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz werden aufgehoben. Im § 81 Ziffer 2 des Strafgesetzbuchs werden die Worte „oder die in demselben befehrende Thronfolge“, im § 102 des Strafgesetzbuchs die Worte „oder dessen Landesherren“ und „oder einen Bundesfürsten“ gestrichen, im § 104 des Strafgesetzbuchs die Worte „einem bundesfürstlichen Hof“ durch die Worte „bei einem der Länder“ ersetzt.

Artikel III.

Sondergerichte dürfen nicht eingesetzt werden. Bestehende Sondergerichte (Bayerische Volksgenrichte) sind aufgehoben.

Artikel IV.

§ 1. Das Vermögen der früheren Landesherren, der früheren landesherrlichen Familien und der Mitglieder dieser Familien wird ohne Entschädigung dem Reiche für verfallen erklärt. Die Verfallserklärung wirkt als Veräußerungsverbot zugunsten des Reiches. Sie betrifft das hausgesetzlich gebundene und das freie Privatvermögen.

§ 2. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geht die Vermögensverwaltung auf den Reichsminister der Finanzen über.

§ 3. Das Reinertragnis des auf Grund dieses Gesetzes dem Reiche verfallenen Vermögens ist zur Fürsorge für die durch den Weltkrieg in ihrer Gesundheit Geschädigten oder ihres Erntners beraubten Reichsangehörigen zu verwenden.

§ 4. Nähere Bestimmungen zur Durchführung der §§ 1 bis 3 werden durch Reichsgesetz getroffen.

Artikel V.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Im weiteren beantragt die Fraktion, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den die Rechtsprechung in Strafsachen folgendermaßen geregelt wird:

„Die Rechtsprechung erfolgt nur durch Geschworene. Die Geschworenen (Männer oder Frauen) entscheiden über Umfang der Beweisaufnahme, über Schuld und über Strafmaß nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.“

Wahl der Geschworenen durch das Volk nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht und nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems. Ausreichende Entschädigung der Geschworenen.

Die Tätigkeit des Verhandlungsleiters beschränkt sich auf die technische Durchführung des Prozesses.

Verurteilung in allen Strafsachen zugunsten des Angeklagten.“

Vorstoß gegen den bayerischen Ausnahmezustand

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in der Sitzung vom Dienstag beschlossen, folgende Anträge im Reichstag einzubringen:

1. Der Reichstag verlangt, daß die von der bayerischen Regierung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung getroffenen Maßnahmen (Ausnahmezustand) außer Kraft gesetzt werden.
2. Der Reichstag verlangt, daß die auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 außer Kraft gesetzt wird.

Eine Mark = 3 Pfennige

Und der Dollar stieg bis 127. . . . Im Frieden zahlte man für einen Dollar 4,20 Mark. Gestern trieb die Spekulation den Dollar bis auf 127 Mark. Die Börse ist seit einiger Zeit eine Spielhölle geworden. Wildeste Spekulation treibt die Preise für die ausländischen Zahlungsmittel, die Kurse der Aktien zu schwindelnder Höhe. Der Kredit Deutschlands im Ausland wird völlig ruiniert. Die ausländischen Kreise sehen, daß die Mark tiefer und tiefer sinkt und die Folge ist, daß das Ausland bald die Mark überhaupt nicht mehr als Zahlungsmittel wird annehmen wollen. Die Konsequenzen sind unabsehbar; denn der Einkauf aller ausländischen Lebensmittel und Rohstoffe wird dann kaum mehr zu ermöglichen sein.

Aber schon jetzt ist die Entwertung der Mark eine ungeheure Gefahr. Sie bedeutet eine außerordentliche Verteuerung aller Produkte, in denen irgendwelche ausländische Rohstoffe enthalten sind. Eine neue Teuerungswelle steht bevor, die Flucht aus der Mark wird wieder allgemein, Hamsterei ausländischer Zahlungsmittel und aller Gebrauchsgüter nimmt immer größeren Umfang an, die Lösung der Finanzfragen wird fast unmöglich.

Wie ist es dazu gekommen? Die Spekulation hat die Bewegung unseufzbar außerordentlich beschleunigt. Aber die Spekulation kann eine bestehende Tendenz zwar steigern, aber verursachen kann sie sie nicht. Nun hat die niedrigere Bewertung der Mark zu der Zeit eingeseht, als das Reich gezwungen war, zur Zahlung der ersten Goldmilliarde Papiermark zu verkaufen und kurzfristige Kredite im Ausland aufzunehmen. Aber diese Operationen sind längst abgeschlossen und die Summen, die zur Zurückzahlung von Krediten noch notwendig sind, sind zu geringfügig, um diesen katastrophalen Sturz der Mark zu erklären.

Die wirkliche Ursache ist vielmehr der Zustand unserer Finanzen und der Umstand, daß die Spekulation an ernsthaftige Maßnahmen zur Beilegung des Finanzlebens nicht glauben will. Sie will nicht daran glauben, obwohl doch die deutsche Industrie erklärt hat, daß sie dem Reich einen großen Kredit zur Verfügung stellen werde, der die Leistung der auswärtigen Verpflichtungen zum mindesten für die nächsten Jahre ermöglichen soll. Die Börse faßt ihr Urteil über diesen Plan dahin zusammen, daß sie den Dollar an jedem Börsentage stürmisch in die Höhe treibt.

Die Börse glaubt auch nicht mehr daran, daß das Reich durch direkte Erfassung der Goldwerte sich die nötigen Mittel verschaffen will. Auch sie rechnet mit dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung, brückt den Markkurs immer tiefer und — erfährt gleichzeitig die Goldwerte, indem sie um jeden Preis Aktien kauft.

Sie schreckt dabei vor keinem Mittel zurück. Kürzlich hat Wirth erklärt, daß, wenn Deutschland tatsächlich alle seine Leistungen durch Barzahlungen in Gold erfüllen müßte, es dem Bankrott entgegengetrieben würde. Deutschnationale Gewissenlosigkeit hat daraus eine Erklärung Wirths konstruiert, Deutschland sei dem Bankrott verfallen. Die Spekulation aber haben diese Entstellung dazu benutzt, um wirkliche Bankrottopolitik zu machen, eine Politik, die uns, wenn ihr nicht Einhalt getan wird, in der Tat dem Bankrott zutreiben müßte.

Weber die Geschichte der deutschen Finanzen steht seit Kriegsausbruch das verhängnisvolle Wort: Zu spät! Alle Maßnahmen sind verspätet getroffen worden und deshalb wirkungslos geblieben. Und das gilt auch für das vorläufig letzte Kapitel. Seit der Annahme des Ultimatums im Mai ist nichts geschehen. Statt das Parlament, wie es ursprünglich beabsichtigt war, möglichst lange beisammen zu halten, oder wenigstens die Steuerauschnitte permanent arbeiten zu lassen, wurde der Reichstag in Ferien geschickt. Bei seinem Zusammentritt findet er aber noch immer kein definitives Finanzprogramm vor. Die Gesetzentwürfe stehen nun im Reichswirtschaftsrat und Reichsrat, denn der Apparat der Gesetzgebung ist so schwerfällig geworden, daß Gesetze überhaupt nicht mehr fertig werden können, so sind sie durch den Kurssturz der Mark bereits völlig ungenügend geworden.

Es ist natürlich notwendig, daß gegen das zügellose Treiben der Spekulation direkt vorgegangen wird. Vor allem muß gefordert werden, daß der Reichstag sofort, bevor er in neue Ferien geht, endlich auf die Umsätze in Devisen eine ausgiebige Steuer legt. In dem Entwurf einer Kapitalverkehrssteuer ist eine solche Besteuerung vorgesehen. Es ist notwendig, daß dieser Teil des Gesetzes sofort zur Beratung gestellt und mit erhöhten Sätzen vom Reichstag verabschiedet wird. Ebenso notwendig wird es sein, eine Kontrolle des Devisenhandels wieder einzuführen. So schwierig eine vollständige Ueberwachung auch sein mag, so ist selbst eine lückenhafte Kontrolle besser als gar keine.

Aber das alles sind keine Mittel, die die Symptome treffen, aber nicht den Sitz des Übels. Heilung des Übels heißt aber Sanierung der Finanzen. Es ist unerträglich, daß jetzt wieder kostbare Zeit mit Verhandlungen verloren wird, um Industrie und Landwirtschaft zu freiwilliger Hilfeleistung zu bestimmen. Denn die Verhandlungen werden sich um so länger hinziehen, je sicherer Industrie und Landwirtschaft werden, daß der Staat sich in ihre Hand begibt, und je mehr sie darauf rechnen können, daß sie in den Ministern der Deutschen Volkspartei Männer in die Regierung bekommen, die von einer zwangswellen Erfassung der Goldwerte nichts wissen wollen. Die Bestehenden können zu einer wirklichen Leistung nur gezwungen werden, wenn die Erfassung der Goldwerte Gesetz wird. Ohne diesen Druck geht es nicht.

Da müssen wir nun allerdings sagen, daß die Regierung gegenwärtig in einer bösen Situation ist. Der Götlicher Beschluß hat ihr das Rückgrat gebrochen. Die Regierung ist in Umbildung begriffen. Ein Finanzprogramm soll erst mit der Deutschen B. Ispartei vereinbart werden. Und so vertritt Tag um Tag und wieder wird es heißen: Zu spät!

Das bedeutet aber dann nicht nur eine Katastrophe für alle die, die von Lohn und Gehalt leben müssen. Es bedeutet nicht nur eine neue Expropriation der Mittelschichten. Es bedeutet auch die größte außenpolitische Gefahr. Das Ministerium Wirth hat den Weg der Erfüllung beschreiten wollen. Aber Erfüllung ist nur möglich durch eingreifende Maßnahmen, die zur Gesundung der Finanzen führen. Die bisherige Außenpolitik hat auch im Ausland die Erkenntnis gestärkt, daß durch internationale Maßnahmen, Schuldentilgungen und Kreditbeschaffungen, die Gesundung der Weltwirtschaft und damit auch die Leistungsmöglichkeit aller einzelnen Wirtschaftsgebiete wiederhergestellt werden kann. Das alles wird in Frage gestellt durch die Unzulänglichkeit unserer Finanzmaßnahmen. Denn es ist klar, daß auch das Ausland das zügellose Treiben der Spekulation beobachtet, daß es aber auch die Ursache erkennt, die dieses

Treiben ermöglicht, das völlige Versagen unserer Finanzpolitik. Das aber verdirbt wieder jede Stimmung des Entgegenkommens und der Versöhnung. Und deshalb fordern wir, daß endlich gehandelt wird. Die Regierung hat sich durch den Vorschlag der Industrie auf einen Abweg leiten lassen. Sie hätte nicht zuerst verhandeln dürfen, sondern sich zumindest die Grundlage für Verhandlungen schaffen müssen, indem sie das Gesetz über die Erfassung der Goldwerte vorlegte. Dann wäre es Sache der Industrie gewesen, ihrerseits nicht nur allgemeine Anerbietungen, sondern einen festen Plan vorzulegen, falls sie imstande ist, die Goldwerte auf andere Weise dem Reich zur Verfügung zu stellen. So aber wie bisher, geht es nicht weiter.

Warten wir noch länger, so heißt es dann endgültig: Zu spät!

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Mittwoch, den 28. September, abends 7 Uhr
Oberschöneweide: Schulaula Bräsenstraße
 Referentin: Genossin Seger
Hohenschönhausen: Schulaula Rößernstraße
Brig: bei Becker, Hauptstraße 97
 Referent: Gen. Herrm. Radtke
Schulaula: Sonnenburger Straße 20
 Referent: Gen. Stadtrat Rosin
Schulaula: Danziger Straße
 Referent: Gen. Bruno Krause
Die Versammlung in der Schulaula, Püttcher Straße 47-48, fällt aus

Donnerstag, den 29. September, abends 7 Uhr
Märktischer Hof: Admiralstraße 18c
Püttners Festsaal: Schwedter Straße 28
Rosenthal: Restaurant Schreiber, Hauptstraße
 Referenten sind: Genossin Elise Bed und die Genossen Gottfried Schulz, Dr. Jul. Moses, Bürgermeister Leib

Die Ursachen der Oppauer Katastrophe

Vertreter der badischen Anilin- und Sodafabriken, bei denen das Unglück ausgebrochen ist, machten der Berliner Presse gestern Mitteilungen über die bisher gemachten Feststellungen.

Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. Feststeht, daß der Hauptort der Explosion das Ammoniumsulfat-Salpeter-Lager ist. Dort lagerten zirka 4500 Tonnen Ammoniumsulfat-Salpeter. Ammoniumsulfat-Salpeter ist ein Düngesalz, das durch Mischung gleicher Teile Ammoniumsulfat und Ammoniumnitrat hergestellt wird. Das Salz ist als rasch wirkendes Düngemittel in der Landwirtschaft sehr beliebt und wird seit 1919 von der B. A. S. F. in großen Mengen hergestellt und in den Handel gebracht.

Bei diesem Salz war bei den verschiedenartigsten Versuchen in kleinem und großem Maßstabe nie auch nur eine Andeutung eines explosiven Charakters gefunden worden, so daß es als absolut sicher gelten mußte. Es hat deshalb bisher als derart ungefährlich gegolten, daß man seit Jahren in allen damit arbeitenden Fabriken bei Entsprechung dieses Produktes seit gewordene Blöcke dieses Salzes gesprengt hat, ohne daß dabei jemals irgendwelche verdächtige Erscheinungen festgestellt worden wären.

Zunächst sind auch solche Sprengungen seit Jahren zu zirka 20000 in der B. A. S. F. und anderwärts ausgeführt worden, so z. B. noch am Tage zuvor in demselben Lager und von demselben Sprengmeister. Wenn entgegen allen diesen weitreichenden Erfahrungen trotzdem dieses Salz den Herd dieser umfangreichen Explosion bilden konnte, so müssen hierbei bisher ganz unbekannte Faktoren mitgewirkt haben.

Es werden unverzüglich Versuche aus an anderer Stelle in Angriff genommen, um nach dem im Augenblick des Unglücks vorhandenen Bedingungen zu suchen. Ob es gelingen wird, die Ursache einwandfrei aufzuklären, bleibt abzuwarten.

Durch Aussage eines Zeugen steht fest, daß am Unglückstage in dem Salzlager eine Sprengung vorbereitet wurde. Auf der anderen Seite läßt die Doppelexplosion vermuten, daß vielleicht die erste Explosion außerhalb des Lagers, vermutlich in der danebenliegenden Ammoniumsulfat-Salpeter-Fabrikation auf völlig noch nicht aufgeklärte Ursache stattgefunden hat, und daß durch Sprengstücke die Hauptexplosion in dem Lager ausgelöst wurde.

Die Voruntersuchung gab Veranlassung, sofort die Fabrikation des Ammoniumsulfat-Salpeters aufzugeben.

Auch eine Betriebsüberleitung kann nach den Angaben des Werkes nicht in Frage kommen, da schon seit einiger Zeit das Werk nur ungefähr zur Hälfte in Betrieb war.

Der Meinung, daß die Ammoniumsulfat-Salpeter-Fabrikation nicht gefährlich sind, hat sich auch der Stabschef a. u. S. beim Ernährungsministerium angegeschlossen, der einstimmig Fabrikation und Lagerung für unbedenklich erklärt hat.

Wir geben diese Darstellung nach den Bedenken, die wir in der gestrigen Morpenausgabe geäußert haben, loyal wieder, um auch die interessierte Seite zu Wort kommen zu lassen. In dieser traurigen Angelegenheit muß mit allen Mitteln versucht werden zur Klärung zu kommen, damit alles zur Verhütung ähnlicher Unfälle in der Zukunft getan wird.

Unter den zahlreichen Erklärungen über das Oppauer Unglück, die von der täglich geschwätzigen und geschäftigen werdenden Direktion in die Welt gesetzt wurden, befindet sich auch eine, die Klage darüber führt, daß die Feststellung der Ursachen der Katastrophe dadurch erschwert sei, daß kein zur Zeit der Explosion in der Nähe des Explosionszentrums tätiger Arbeiter am Leben sei und Aussagen machen könne. Jetzt melden sich doch Stimmen aus der Oppauer Arbeiterschaft, die sehr gewichtige Aussagen darstellen. So schreibt ein Arbeiter einem Mannheimer Blatt folgendes:

„Das Werk Oppau war von jeher der Herd kleinerer oder größerer Explosionen. Es wurde mit 220 Atmosphären Druck gearbeitet. Im Laufe des letzten Jahres wurde ständig laboriert, es auf 1000 Atmosphären zu bringen. Die Unruhe unter der Arbeiterschaft des Oppauer Werkes war von jeher groß. Wie oft hörte man die Arbeiter sagen: „Wenn infolge dieser durch Antreibung gelieferten Pflanzarbeit nicht eines schönen Tages Oppau in die Luft fliegt, solls uns wundern!“

Das befürchteten die Arbeiter schon immer, und heute ist das Unglück da. Es ist wohl als richtig anzunehmen, daß die Explosion im Bau III, wo ungefähr 80000 Zentner Ammoniumsulfat-Salpeter lagerten, entstanden ist. Arbeiter haben zudem schon im Jahre 1920 an kleinen Verlusten die Beobachtung gemacht, daß die dort befindliche Masse brennbar ist.

Um die Produktion immer rationaler zu betreiben, hat in allerletzter Zeit die Firma das Ammoniumsulfat-Salpeter, das im Bau III als stoffliche Masse gewonnen wird, mittels Spritzverfahren nach dem Stilo schafften lassen. Vorher war die Masse mittels Schneiden und Transportbändern dorthin geschafft worden und kam durch den langsamen Transport dort erkaltet

und als feste Masse an. Beim Spritzverfahren war das nicht der Fall. Es wurde flüssig durch Röhren geleitet, die durch Gasflammen in ständiger Bewegung gehalten wurden und entwickelte bei seiner Entleerung solche Gasdämpfe, daß kein lebendes Wesen sich während dieser Zeit dort aufhalten konnte.“

Diese Darlegungen verstärken unsern Verdacht, daß auch in Oppau mit dem Leben der Arbeiter Frevol getrieben worden ist.

Die Direktion bleibt einseitig bei ihrer Behauptung, daß der in Frage kommende Stoff nicht explosionsfähig sei, wie aus ihrer Auslassung vor den Pressevertretern hervorgeht, die wir nachfolgend abdrucken.

Das Hilfswert

Die Spenden für die Geschädigten in Oppau, die im ganzen Reich bisher zusammengebracht wurden, haben den Betrag von 30 Millionen Mark überschritten.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat für die Opfer des Unglücks in Oppau 100 000 Mark bewilligt.

Der Reichshilfsausschuß für Oppau gibt bekannt, daß kleinere Liebesgabenwendungen aus dem Bereich von Groß-Berlin und Umgebung beim Deutschen Roten Kreuz, Charlottenburg, Berliner Str. 137, Zimmer 2, abgegeben werden können. Das Deutsche Rote Kreuz wird sie jeweils gesammelt, an den Stadtrat in Ludwigs-Hafen weiterleiten.

Deutscher Reichstag

Dienstag, den 27. September

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung 3 Uhr 15 Min. und widmet den seit der letzten Tagung verstorbenen Abg. Trimborn (Ztr.), Dr. Hige (Ztr.), Bursage (Ztr.) und Reichhaus (SPD.) einige Gedenkworte. Zu dem Nord an Erzberger führt er aus: „Erkühnender aber noch, als diese herben Verluste, wirkte die Nachricht vom dem thüringischen Muehlemord, dem unser Kollege Erzberger, Reichsfinanzminister a. D., am 26. August zum Opfer fiel. Der Nord hat unser Land in neue Unruhen gestürzt. Er war nicht die Tat eines versiegenden Fanatikers oder blinden Idealisten, sondern

der kaltblütige Ueberfall ausgeführter Mordgesellen.

Es hat vor der Tat Stimmen gegeben, die sie offen herbest wünschten, und es hat nach der Tat Stimmen gegeben, die sie billigten, rechtfertigten und entschuldigten. Man billigte die Tat der Mörder, die vorgaben, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, aber nicht den Mut hatten, für ihre Tat einzustehen und sie zu verantworten, sondern sich verbargen und flohen und dadurch bewiesen, daß sie dem Vaterlande selbst keine Opfer bringen wollten. Der gestorbene Kollege Erzberger hat gewiß oft in heißem Kampfe gestanden und manchmal eine scharfe Klinge geführt, aber er hat gearbeitet im Dienste des Parlamentes und des Landes wie nur wenige. Vielleicht mag ihm mancher Festgriff unterlaufen sein. Aber nur wer die Verantwortung nicht in seine Hände nimmt, der ist vor allen Festgriffen gefeit. Wer aber den Kampf vom politischen Felde auf das persönliche Gebiet überträgt, hat kein Recht, sich zu entschuldigen.

Am 21. September durchlief die Schredensnachricht die deutschen Gauen, daß durch eine furchtbare Explosion in Oppau hundert deutsche Arbeiter ihren Tod gefunden, Hunderte von Frauen ihr Lebensglück und ihren Ernährer verloren haben. Mit tiefem Trauer steht der Deutsche Reichstag an der Bahre dieser Opfer der Arbeit und drückt den Hinterbliebenen sein Beileid aus und verspricht, zu seinem Teile mitzuwirken an der Linderung des Schmerzes.

Kleine Anfragen

Abg. Rosenfeld (U.S.) legt der Regierung 15 Fragen wegen des Verhaltens gegenüber Trauget und Jagow vor.

Die Regierung läßt erklären, daß sie diese Anfragen durch die neuerlichen Debatten für erledigt hält. (Der Wortlaut der Anfrage des Genossen Rosenfeld ist unsern Lesern seinerzeit mitgeteilt.)

Abg. Künzler (U.S.): Hält der Reichswehrminister die Beförderung monarchistischer Heffeln mit seiner Stellung als republikanischer Minister vereinbar? Es wird behauptet, daß der Heffelbrieflich verfolgte Rebell Kapitänleutnant Ehrhardt mit voller Pension entlassen sei. Wie heißt die amtliche Stelle, die dem Ehrhardt auf Kosten der Republik volle Pension zugesprochen hat und wie erhebt der Heffelbrieflich verfolgte keine Pension?

Ein Korvettenkapitän als Vertreter der Regierung antwortet auf die erste Frage: Nein, und erklärt zur zweiten: Ehrhardt erhalte eine Pension, die ihm aber gegenwärtig gesperrt sei.

Abg. Künzler: Zur Ergänzung frage ich an, ob, nachdem durch zuverlässige Meldungen der Außenhaltors des Ehrhardt in München festgestellt war, vom Reichsministerium alles unternommen wurde, diesen Bandenführer dingfest zu machen. Wenn ja, welche Schritte sind unternommen und warum haben sie bisher nicht zum Erfolg geführt?

Der Regierungsvertreter kann darauf keine Antwort geben. Zu den Interpellationen Herrg (Dn.) über Getreidemehrschiebungen, Steelemann (Dn.) über Ausschreitungen gegen Angehörige nichtsozialistischer Parteien, Wines (U.S.) gegen die Sabotage der republikanischen Post, ausgeübt von Beamten, Offizieren usw., erklärt die Regierung, daß sie diese Interpellationen in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten werde, die Interpellation Müller-Franken (S. P.) wegen des Explosionsunglücks in Oppau soll morgen Mittwoch beantwortet werden.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr. Antrag der Kommunisten betr. Aufhebung der Straffast des Abgeordneten Thomas, kleine Vorlagen und die Interpellation Müller-Franken.

Ausschneiden!

Druckfache
 2in die
 Saubere Edition der „Freiheit“
 Berlin G 2
 Breite Straße 8-9

GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Täglich 7 Uhr abends
DIE RÄUBER

Von Schiller / Regie: KARLHEINZ MARTIN

Mitwirkende: Friedrich Kühne / Paul Hartmann / Werner Krauss / Margareta Christians / Kaganbruch / Rainer / Wilhelm Dieterle / Ritter / Paul Lange / Kampers / Kunberg / Diegoli / Mann / Rasp / Eichhorn / Richard / Fürst / Nemitz / v. Alton / Rodenberg / Daghofer / Ross / Amendt / Bergmann / Großmann

Theater und Vergnügungen

Volksbühne

7 1/2 Uhr: Das Volkamt
Die Komödie der Strungen

Neues Volksbühnen

7 1/2 Uhr: Nathan der Weise
Der Schrei nach Ruhe

Staatstheater

7 1/2 Uhr: Ritter Blaubart
Schauspielhaus

Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Koon
Kammerspiele

Größtes Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Die Räuber
Die Waise

Rönniggräber Str.

7 30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus

Täglich 8 Uhr: Max Pallenberg
Hans Waßmann

Berliner Theater

Täglich 7 30 Uhr: Prinzessin Olala

Jean Gilbert

7 1/2 Uhr: Fritzi Massary a. S.
Ralph Arthur Roberts

Walter-Theater

Täglich 7 30 Uhr: Nixchen

Prinzess Olala

7 1/2 Uhr: Jean Gilbert
Fritzi Massary a. S.

Walter-Theater

Täglich 7 30 Uhr: Nixchen

Kleines Theater

7 1/2 Uhr: Die große Leidenschaft

Walthalla-Theater

7 30 Uhr: Die schöne Helena

Theater am Rollendorplatz

8 Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater

8 Uhr: Die Bürgermeisterversammlung

Casino-Theater

8 1/2 Uhr: Erziehung Marye

Apollotheater

8 1/2 Uhr: Internationales Varieté-Programm

Internationales Varieté-Programm

Auslands-Sensationen

11 Schläger

8 1/2 Uhr: 11 Schläger

Circus Busch

8 1/2 Uhr: Der lebende Steinbruch

8 Uhr SYLVIA

Internationales Varieté

Circus Taraselli

8 1/2 Uhr: Vorstellung



Deutsche Automobil-Ausstellung
Berlin 1921
Ausstellungshalle
Kaiserdamm
23. Sept. - 2. Oct.

Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse
Zahn 10 bis 150 M.
Prismen, Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Gez. Beh. nur für Ischias
in Höhe 15 bis 20 M. in 15 Tagen befreit.
Dr. Jacoby
Friedrichstr. 108, 106
von 9-3

Neue Haare
wachsen schon wieder
Reichels Haarrestmittel
Kosmetik M. 11.- u. 17.-
nicht Wunder. Feinere
Anordnungen laufend!
Dito Reichel, Berlin 46,
50, Hirschbühlstr. 4.

Altmetalle
unveränderbare Preise zahlbar
Badstraße 34, Hof.

Großes Schauspielhaus

Schluss
des Abonnementsverkaufes
für die Spielzeit 1921/22, Sonnabend, d. 8. Oktober
6 verschiedene Vorstellungen!

Die Preise der Plätze für jede Vorstellung betragen

An der Tageskasse	im Abonnement
Mk. 60.-	Parkettlogen
45.-	Parketttribüne
50.-	Ringlogen
30.-	Balkon
25.-	1. Ring
20.-	2. Ring
10.-	3. Ring

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

3 Ausnahmetage!!

Ulster 256, 415 * Plüschmäntel 1050, 1520 * Pelzmäntel 3000, 3900 * Impr. Mäntel 149, 252 * Gummimäntel für Damen 300, für Herren 352 * Kostüme 217, 595 * Mantelkleider 329 * Sportjacken, blau 40 * Strickjacken, reine Wolle und Kunstseide 169 * Astrachanmäntel 300, 529 * Krimmermäntel 980 Röcke von 68.- an

Einsegnungskleider in großer Auswahl

Westmann

1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl billiger Bekleid.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frankf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Kunstmöbelsammlung
Ami Zentrum 2800
Sonntags geschlossen.

Unglaublich billig
Halbes, Zeitbahnen, Schulformier, Pläne, Tischen
Kandaberger Straße 54, Laden

Geld
für jede Veranlassung, Abgabe von Kaufpreisen für Wandschreine, Brillanten, Goldschmuck, Teppiche, Fächer usw. Wollf. Friedenstr. 41, III. Ecke Rodinstr.

Gold-Silber-Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldstecher
Kauf zu hohem Kurs
Reichstr. 93
Linienstraße 93

Anzüge, Schlüpfer
in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen
Mk. 350.- bis 750.-
Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
Eigenes Atelier
Imek G. m. b. H. Schloßplatz 1a II

Betriebs-Obleute!
Sehen erschien
in zweiter, erweiterter und veränderter Auflage
Der Betriebsobmann
Von Rudolf Bed
Preis 4.- Mark
Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch alle Organisationen, Betriebsrätezentralen, Gewerkschaftsvereine oder direkt von der
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der Freiheit

Berein der Freidenten für Feuerbestattung E. B., Sitz Berlin
Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Oranienstr. 83/84
Vollstreckkonto: Berlin Str. 180 87 - Fernsprecher Amt Marienplatz 6176
Geöffnet von 10-4 Uhr * Sonntags von 10-1 Uhr

Mitglieder-Versammlungen

zur Wahl der Delegierten zur außerordentlichen Generalversammlung am 23. Oktober 1921

Es finden außer den am Sonntag, den 25. d. M., bereits bekanntgegebenen noch folgende Versammlungen statt:

Bereich	Ort	Termin
Bereich 12	Waldstr. 20	Freitag, 30. September, abds. 7 1/2 Uhr
Bereich 13	Waldstr. 20	Donnerstag, 29. September, abds. 8 Uhr
Bereich 17	Schulstraße 9/10	Donnerstag, 29. September, abds. 7 1/2 Uhr
Eberswalde	Müllers Hof, Schloßstr. 1	Donnerstag, 29. September, abds. 8 Uhr
Trebbin	Gesellschaftshaus, Schulstr. 3	Sonntag, 1. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr
Schönau usw.	Die Versammlung findet statt im Restaurant Cameron, Schönau bei Zepernitz	Berlin Str. 13 Donnerstag, 29. September, abds. 7 1/2 Uhr

Zutritt zu den Versammlungen nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte

Zurückgekehrt Dr. Kornfeld
Staden, Bahnhofsstraße 111. Fernsprecher: Godesbau 100.
Sprechstunden von 9-10 und 4-5.

Botenfrauen sofort gesucht!

Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
„Freiheit“-Ausgabestelle, Mittag
Berlin-Brig, Chausseestr. 82
Expedition Krüger
Neukölln, Emscher Straße 32
Expedition Reifewitz
Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25

Tüchtige
Verkäuferinnen
für
Strumpfwaren
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1



Reunion
Cigaretten
Neu aufgenommen! * Volle Formate!
Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Auszeichnen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der nächstfolgenden einmal erscheinenden
täglichsten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“
zum Preise von Mk. 12.- monatlich, Mk. 6.- halbjährlich
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Str. _____
Ort: _____
Diese Bestellung bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

Berliner Stadtverordnetenversammlung

Silfsaktion für die Opfer des Oppauer Unglücks

Zu Beginn der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde durch den Oberbürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher, General Dr. Wehl, der Opfer des Explosionsunglücks in Oppau gedacht. Ohne Diskussion beschloß die Versammlung die Ueberweisung von 100000 M. an die Reichshilfskommission.

Ein anderer Dringlichkeitsantrag, der verlangt, den Ruhegehaltsempfängern und Pensionären auf die Erhöhung der Bezüge einen Vorschuß von mindestens 3000 Mark zu gewähren, fand einstimmige Annahme.

Eine lange Debatte zeitigte eine Anfrage unserer und der rechtssozialistischen Fraktion, warum dem Stadtschulrat Paulsen die Bezeichnung „Oberstadtschulrat“ verweigert würde. Wiederholt kam es zu hitzigen Auseinandersetzungen zwischen links und rechts. Die Versammlung beschloß schließlich mit den Stimmen der Linken die Bezeichnung „Oberstadtschulrat“.

Unter Annahme wesentlicher Änderungsanträge unserer Fraktion wurde der Magistratsvorlage über Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern in zweiter Lesung zugestimmt.

Sitzungsbericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Oberbürgermeister Böhm das Wort, um auf das furchtbare

Explosionsunglück in Oppau

hinzuweisen, das so zahlreiche Familien in Not und Elend gestürzt habe. Diese Katastrophe rufe das ganze deutsche Volk zur Hilfe auf. Ganz Deutschland sehe sich dafür ein, daß die Not und das Elend, die in so entsetzlicher Mäße über die Unglücklichen hereingebrochen sind, nach Möglichkeit gelindert werden. Pflicht der deutschen Städte und Gemeinden sei es, zu tun, was sie nur irgend tun können. Der Magistrat habe es für seine Pflicht gehalten, ohne Innehaltung der vorgeschriebenen Instanzen die Versammlung zu ersuchen, sofort eine Summe von 100000 Mark zu bewilligen, die dem Reichshilfskomitee überwiesen werden soll als Zeichen der herzlichsten, tief empfundenen Teilnahme der Stadt Berlin.

Vorsteher Dr. Wehl: Die Bürgerhaft steht auf dem vom Oberbürgermeister bekundeten Standpunkt. Wir haben dafür einzutreten und halten es für Pflicht des ganzen Volkes, für die Hinterbliebenen der Opfer einer solchen Katastrophe zu sorgen. Es ist doch eine Tragödie der Arbeit, die Umstellung der Hinterbliebenen muß geschicklich geregelt werden, sie sollen keine Almosen empfangen, sondern einen rechtlichen Anspruch haben. Es muß dafür gesorgt werden, daß ein solches Massenelekt nicht wieder das Land in Schrecken setzt. In erster Reihe ist die in Betracht kommende Stahlindustrie in Anspruch zu nehmen.

Die Versammlung bewilligt ohne Debatte die 100000 M. Eingegangen sind mehrere Dringlichkeitsanträge. Ein Antrag Dr. Wehl u. Gen. (U. S. P.) verlangt eine

großzügige Aktion gegen die Schundliteratur.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht, sofort eine großzügige Aktion zur Bekämpfung der Schundliteratur zu unternehmen.

a) Es sind sofort 100000 M. bereitzustellen, um in allen Bezirksjugendämtern Bücherverteilungsstellen einzurichten.
b) Die Berliner Schulverwaltung hat sofort 1. auf dem Wege der Schulordnung den Schülern zu verbieten, in solchen Buchhandlungen zu kaufen, die Schundliteratur zum Verkauf bringen; 2. Buchhandlungen zu empfehlen, welche nur gute Literatur führen.

c) Der Polizeipräsident ist zu ersuchen, durch Polizeiverordnung sofort allen Produktengeschäften jeden Bucherverkauf zu untersagen.

Der sofortigen Besprechung wird von bürgerlicher Seite widersprochen.

Dagegen erhebt sich gegen einen Antrag Gabel u. Gen. (R. P. D.) kein Einspruch, den Ruhegehaltsempfängern und Pensionären in Anbetracht der durch die Teuerung hervor-

gerufenen Notlage auf die bereits bewilligte Erhöhung der Bezüge mit rückwirkender Geltung einen Vorschuß von mindestens 3000 Mark auszugeben. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Die Stadtverordneten Dr. Voewenstein (U. S. P.) und Dr. Lohmann (S. P. D.) richten an den Magistrat die Anfrage, weshalb dem leitenden Dezenten des Schulwesens die Bezeichnung „Oberstadtschulrat“ verweigert werde, wodurch gewisse Kreise in ihrem Kampfe gegen den „neuen Kurs“ die Stellung des Beamten herabwürdigten wollen.

Oberbürgermeister Böhm erwidert, daß nach dem Stadthaushaltsplan der Titel laute „Stadtschulrat“. Einer Änderung des Titels durch Versammlungsbeschlüsse ständen juristische Bedenken entgegen. Die Änderung, wie sie beantragt werde („Oberstadtschulrat“) und für die drei Dezenten „Stadtschulrat“) könnte erst bei Neuweisung des Haushaltsplans erfolgen.

Stadtv. Troll (Dnat.) wendet sich gegen den Antrag. Stadtschulrat Paulsen tritt einer Bemerkung des Vorredners entgegen, daß er sich über die gesetzlichen Vorschriften hinwegsetze. Er stelle fest, daß in der von dem Vorredner angelegenen prinzipiellen Frage zwischen ihm und dem Provinzialschulkollegium keine Meinungsverschiedenheit bestehe.

Stadtv. Kropelin (D. Sp.) beantragte, die drei Schuldirektoren „Magistratschulrat“ zu nennen und für den Leiter des Schulwesens analog der Bezeichnung „Stadtrat“ die alte Amtsbezeichnung „Stadtschulrat“ weiterbestehen zu lassen.

Stadtv. Goh (R. P. D.): Wir sind gegen alle Titel. Hier handelt es sich um einen Kampf des Bürgertums gegen einen unbeherrschten Sozialisten. Wir sind für den Antrag.

Stadtv. Dr. Voewenstein (U. S. P.) ist gegen jede Titelverleihung für persönliche Verdienste. Der Antrag wolle die Stellung des Leiters des Schulwesens heben, während die Rechte sie erniedrigen wolle.

Stadtv. Mertens (Dem.): Der Herr Oberbürgermeister sei auf dem falschen Wege, wenn er auf den neuen Haushaltsplan verweise. Die Städteordnung sehe dem entgegen. Sei Herr Paulsen die überragende Persönlichkeit, die ihrer Verdienste halber eine besondere Amtserhebung verdient habe? Wie befindet sich das Berliner Schulwesen nach dem Amtsantritt des Stadtschulrats heute? Es ist nicht zuviel gesagt, daß das Berliner Schulwesen sich gegenwärtig in einem Zustand der Desorganisation befindet, wie wir es in den letzten Jahrzehnten noch niemals erlebt haben. (Große Unruhe links.) Redner wirft dem Stadtschulrat Vorwürfe gegen das Reichsschulgesetz, Verletzung der Dienstvorschriften vor. Er habe es nicht verstanden, die Einheitslichkeit in den Bezirken 1-6 aufrechtzuerhalten. Was sei geschehen, um die Schulgründungen und Schulstreiks zu verhindern?

Stadtschulrat Paulsen: Herr Kollege Mertens fragt, was ich getan habe zur Einheitslichkeit des Schulwesens in den Bezirken 1-6. Die Weisheit des Magistrats hat meinen Anträgen zugestimmt. Der Herr Oberbürgermeister war aber der Ansicht, daß eine Verletzung des § 46 vorliege, und hat den Beschluß des Magistrats verhindert. (Hört, hört! links.) Ich bin erst sieben Monate im Amt. Wie kann Kollege Mertens da behaupten, daß ich das Schulwesen desorganisiert habe! Seit dem 25. Februar kämpfe ich um meine Mitarbeiter. Trotzdem versichere ich: Das Berliner Schulwesen steht auf derselben Höhe, wie ich es übernommen habe. Für die Sünden der Vergangenheit bin ich nicht haftbar. Nicht ich habe die Weisheit der Schule eingeschränkt. Die Stelle, die die weltlichen Schulen in Reinickendorf u. a. O. bewilligt hat, ist nicht die Schuldeputation, sondern die Potsdamer Regierung. (Lachen rechts.) Hätte ich die Macht, die im Interesse der Entwicklung unseres Schulwesens wünschenswert wäre, dann wären Schulstreiks nicht entstanden, weil ich Maßnahmen getroffen hätte, wie sie jetzt die Regierung in Potsdam trifft, um die berechtigten Forderungen der Eltern zu erfüllen. In Wirklichkeit werde ich durch tausend Hemmnisse gehindert, an die innere Arbeit zu gehen. Durch mein Schulprogramm kann das Schulwesen nicht in Unordnung gebracht sein, denn ich bin noch an keiner Stelle insandt gefahrt worden, an die Ausführung meines Programms zu kommen.

Unter Ablehnung des Antrages der Deutschen Volkspartei wird der Antrag Lohmann (S. P. D.) angenommen, dem Leiter des Schulwesens die Amtsbezeichnung „Oberstadtschulrat“, den Schuldirektoren die Amtsbezeichnung „Stadtschulrat“ zu geben. Nach längerem Bericht des Stadtv. Kropelin (D. Sp.) und ergänzenden Ausführungen des Stadtv. Caspari (D. Sp.) wird die Magistratsvorlage betr. die Anwendung des Sperrgesetzes auf die Beamten und Angestellten der Groß-Berliner Gemeinden nach dem Antrage des Ausschusses angenommen. Ebenso ein auch vom Stadtv. Winkler (Dnat.) empfohlener Zusatz der Volkspartei.

Es folgt die zweite Lesung der Magistratsvorlage betr. Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern.

Die Vorlage des Magistrats wird angenommen mit mehreren Änderungsanträgen Dr. Wehl u. Gen. (U. S. P.). Diese gehen u. a. dahin:

„Die Aufnahme in ein Krankenhaus darf nicht von der Zahlung eines Vorkaufes abhängig gemacht werden. Die Neuregelung soll nur ein Provisorium bis zum 31. Dezember 1921 darstellen.“

Kranke, die nicht Mitglieder einer Kasse sind, sollen (nach einem Antrage der Frau Dr. Wogodynski (S. P. D.) die Hälfte der Verpflegungssätze zahlen, wenn das Einkommen der Ehegatten höchstens 20000 Mark beträgt.

Die Sitzungen des Ausschusses für das Wohnungswesen und das Verwaltungsjournal der Stadtgemeinde Berlin werden nach den Vorschlägen der Ausschüsse angenommen, ebenso das Statut der Erwerbslosenfürsorge mit den vom Ausschusse vorgeschlagene Änderungen.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen schließt die Sitzung um 9 Uhr.

Erhöhung der Milchpreise

Wer trägt die Schuld daran?

Wiederum wird durch eine Erhöhung der Milchpreise der Haushalt der Kinderbemittelten schwer belastet. Die städtische Ernährungskommission hat am Montag sich gezwungen gesehen, den Milchpreis mit Wirkung vom 2. Oktober ab neu festzusetzen und ihn für Kartennmilch auf 3,40, und für kartensfreie Milch auf 4,40 zu erhöhen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Denn er entpricht einer Zwangslage, aus der kein anderer Ausweg übrigbleibt. Die landwirtschaftlichen Erzeuger haben nämlich die Forderung gestellt, daß der Milchpreis künftig festgesetzt wird nach dem Butterpreis, und zwar so, daß am 25. eines jeden Monats ein Milchpreis festgesetzt wird, der ein Zehntel des in der Zeit vom 1. bis 20. jeden Monats festgestellten durchschnittlichen Butterpreises für Butter erster Qualität betragen soll.

Diese Regelung ist ein Beispiel dafür, wohin die freie Wirtschaft geführt hat und noch weiter führen kann. Für Milch werden künftig nicht mehr die Erzeugungskosten im Inland maßgebend sein, sondern genau wie für alle anderen Produkte der Weltmarktpreis. Daß dann viele Menschen nicht mehr in der Lage sein werden, Milch zu kaufen, das kümmert die Agrarier ebenso wenig wie die bürgerlichen Parteien, die diese Ausweitung des Volkes zugunsten weniger für durchaus erlaubt halten.

Das Aufsteigen an dieser Regelung aber ist die Tatsache, daß jetzt der Milchpreis steigt in dem Maße, wie der Wert der Mark sinkt, und die Not der Bevölkerung sich vergrößert. Bei günstigem Stand der Valuta nämlich, würde der Butterpreis viel niedriger sein, als gegenwärtig. Einfuhr von Butter wäre möglich und würde den Inlandspreis wesentlich senken. So sind also auch die Agrarier auf diesem Gebiet die Nutznießer der Not der Bevölkerung geworden. Mit ihnen aber sind schuldig alle bürgerlichen Parteien im Berliner Stadtparlament, weil sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch gefördert haben. Die Berliner Bevölkerung wird auch daran am 16. Oktober denken müssen, und diesen Parteien einen Denksatz geben.

Neue Waldverwüstungen im Osten Berlins

Als im vergangenen Jahre die Gemeinde Adlershof einen energischen Protest gegen die fortgesetzten Waldverwüstungen erhob, denen in den letzten Jahren Hunderte von Morgen zum Opfer gefallen waren, hoffte man, daß damit weiteren Waldverwüstungen endgültig Einhalt geboten worden sei. Weit gefehlt! Wie wir erfahren, sollen im kommenden Winter wiederum Hunderte von Morgen Wald längs der Görlitzer Vorortbahn abgeholt werden. In der Köllnischen und Königsheide sind bereits 80 Prozent der dort stehenden Kiefern angeschält, die diesen Winter geschlagen werden sollen. Der Wald rechts der Görlitzer Bahn zwischen Adlershof, Mitglennick und Grünau, der sogenannte „Jergarten“, soll sogar mit Stumpf und Stiel ausgerotet werden. Schon jetzt wird für die geplante Abholzung Baum für Baum abgemessen.

Der „Jergarten“ wird, wie es heißt, in den Besitz der „Gesellschaft Rüstlicher Heimstätten“ übergehen, die dort Siedlungsgelände schaffen will. Dabei sind zwischen Baum- und Adlershof bereits Hunderte von Morgen Nebeland für Siedlungszwecke durch den Waldschlag der letzten Jahre vorhanden. Man muß sich daher wundern, wie der

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Kochbuch verboten.)

Rätchen redete während dem immer zu, als ob der Geist der alten Kagebergern in sie gefahren sei. Sie redete von Beruf, von Lebenslauf, von Bestimmung, von „Liebe und Gebundenheit auf ewig“. Kindliches, unüberlegtes Zeug, das Peter mit Verachtung anhörte. Er verkaufte sich keiner Sache und keinem Menschen. Für ihn lagen Reiz und Sinn des Lebens darin, eben dieses Leben wie einen kalten oder heißen Strom über sich rauschen zu lassen, gehoben, getragen, in die Tiefe geschleudert und wieder aufwärts getrieben zu werden. Stets etwas Neues leben, Erschütterungen und Spannungen; der Reiz war für ihn, seine Kräfte bis aufs Meißerste anzuspannen, die Befriedigung zu haben, daß er sie anspannen konnte, bis er Herr wurde, bis er das Leben gemeistert hatte, soweit es eben ging. Das war der neue Einspruch, den ihm das wüste, tolle und gefährliche Leben in der Fremde gegeben. Wenn sie das nicht verstehen lernte und ihm mit albernen und sinnlosen Anschauungen kam —

Ueberhaupt, er war doch nicht wegen ihr da, sie war feinetwegen da; hindern aber durfte sie ihn nicht. Ihm lagen jetzt seine Bewässerungsanlage am Herzen, der kommende Streit mit den Thomanns, die Wiesen, die er mit diesem Streit von ihnen zu bekommen hoffte, die Wiesen jenseits des Weihers.

Er hatte gehört, daß Rolf, der zur Zeit nicht mehr an seiner alten Liebe hing, hier „Gutsbesitzer“ zu sein, seit er den Gutsheeren in England spielen konnte, in seiner souveränen Art gern bereit gewesen wäre, die Grundstücke abzutreten, wenn mit Peter eine Einigung in der Wasserfrage erzielt werden könnte. Aber der Alte, der Alte bodete! Er ließe sich nicht von diesem Emporkömmling ins Bodshorn jagen, und sich nicht von ihm pressen, sollte er gesagt haben. Und erst recht gäbe er die Wiesen nicht her. Also machte er die Zähne schön übereinanderbeißend, ein paar Maschinen laufen lassen, wenn es Peters Gnade gefiel, genug Wasser durchzulassen, mit Verlust arbeiten, bis er irgendeinen teuern Erfolg hatte, und noch dazu zum Advokaten laufen und zahlen — ihm konnte es recht sein. Nur das Hinausziehen und Hinwarten konnte er nicht ertragen. Warten, wenn es einen in allen Fingerspitzen juckt, die Arbeit anzupacken, wenn einen das unbändige Blut nicht rasen läßt; zuschauen müssen, wenn man mit aller

Energie dreinfahren möchte! Ihm graute vor dem Winter und dem Vorfrühling, so lange konnte es sich noch hinschleppen!

Hatte Rätchen geglaubt, es werde im Winter besser, sie würden sich enger aneinander schließen — sie träumte von einer behaglichen Wohnstube, wo sie plaudernd am Tisch saßen unter der schönen großen Lampe, während der Sturm ums Haus orgelte, und die Bratpfel in der Küche zischten — so hatte sie sich gründlich getäuscht. Peter war eher noch wortfarger und gänzlich von seinen Gedanken in Anspruch genommen. Eines der oberen Zimmer hatte er sich notdürftig als Arbeitszimmer eingerichtet und sah nun da oben, arbeitete und rechnete, wenn er nicht reiste, oder in der Stadt bei seinem Rechtsanwalt zu tun hatte, oder gar Wälder anschaute, was seine Leidenschaft in der letzten Zeit war. Für Rätchen war der Winter in dem stillen Hause kaum zu ertragen. An das stete Wortgeklingel ihrer Mutter gewöhnt, reizte sie die Ruhe immer mehr. Sie wurde zänisch, suchte im Hause Ursachen, ihre Leute zu tabeln, war dann wieder unglücklich über sich und ihre wüste Laune, über Peter und nicht zuletzt über sein ewiges, unbegreifliches Rechnen.

Endlich als es Frühjahr wurde, und sie es kaum mehr ertragen konnte, sah sie sich ein Herz und frug ihren Mann — sie hatte jaghaft und freundlich fragen wollen, aber es kam fast frech heraus, wie wenn es die alte Kagebergern gesagt hätte: „Nun, es steht gewiß schief mit uns, weil du immer rechnest? Ich spare ja, wo ich kann, mehr wie irgend jemand aus deiner Familie je gespart hat. Alwine auch nicht; ich entlasse Leute und begnüge mich mit dem Notwendigsten. Du kannst mir's glauben, man spricht schon überall hierum davon, besonders deine Schwester Alwine soll sich sehr darüber freuen, wie mir meine Mutter sagt.“

Peter sah von seinen Rechnungen und Büchern und Wägen auf. Unmutig zuerst, wurde er zusehends lebhafter, freudiger, ja völlig ein anderer.

„Wenn die in der Umgegend reden, — deine Mutter muß es ja wissen, obwohl es mir lieber wäre, sie wüßte nicht zu viel — so müssen wir ihnen eben noch mehr zu reden geben. Mir taugt das ewige Sagen auch nicht, eine beständige Unruhe jertt an mir; zudem muß ich einmal wieder reisen, geschäftlich. Wie wär's denn Rätchen, wenn wir unsre Hochzeitsreise nachholten?“

Rätchen strahlte so über das ganze Gesicht, daß auch in ihm eine kindliche Fröhlichkeit über seinen Plan hochkam. Das war jetzt wieder das Rätchen, das er gern gehabt, das

war der reizende, wenn auch etwas herbe Mund, die glänzenden Augen, das ganze frische und gesunde Gesicht — er drehte Rätchen ein paar mal übermütig herum: „also schnell, schnell! Kauf ein, mach dich fertig, wir wollen bald reisen!“

„Wald, Peter?“ (Ach, jetzt kriegte sie wieder Bedenken!) „Es gibt noch so viel anzuordnen; bedenke doch, es ist Frühjahr; du weißt nicht, ob unsre Leute ganz verlässlich sind.“

„Wenn ich an die Wirtschaft angehängt bin wie ein Kettenhund, danke ich dafür! Das ist nichts für mich. Ich muß frei sein, und wenn ich auch wie ein Sklave heute arbeite, will ich morgen Herr sein und die Arbeit verachten können. Wir wollen einmal an gar nichts denken; wir haben nicht Haus, nicht Hof, nicht Kind, noch Gefinde, nur Geld, und wir fahren in die Fremde, weil wir uns lieb haben!“

Das stekte an; Rätchen war wie berauscht, sie verlebte die nächste Woche im Traum, wie an der Schwelle eines Märchenlandes. Sie vergaß alles, Pflichten und Sorgen und Bedenken, Peters helles Angestum riß sie mit fort. Das ganze ungelebte Leben kam über sie, ein Verlangen nach Genug brauch sich Bahn, daß alles andere in den Hintergrund trat.

Peter gab im Flug kurze, bestimmte Befehle, strenge Anordnungen, übergab alles dem ersten Knecht, den er zuverlässig glaubte; alle Arbeit war Tag für Tag festgelegt, und dann ging's dahin.

Rätchen sah den Mann an ihrer Seite immerwährend an; er war ein anderer, einer, den sie noch nicht gekannt hatte. Wie er nur lachen konnte!

„Ich bin der Abenteuerler, und du bist des Abenteuerers Frau!“ sagte er übermütig.

Oh, wie war das schön! So hatte sich Rätchen das Leben geträumt. In schönen Kleidern in seinen Wagen sitzen, in den ersten Hotels absteigen, bedient, benedict, verwöhnt werden. Nur zu schnell ging alles, sie kam fast nicht zu Atem. Und sie lernte einen andern Peter kennen, einen übermütigen, ungestümen, leidenschaftlichen.

Alles wollte er in der kurzen Zeit genießen; er war unersättlich. Musik, Theater, Gemälde, Bücher. Sie staunte ihn an. Verstand er denn das alles? War das möglich? Sie wurde wie in einem Wirbelwind mitgerissen, sie kriegte kaum Atem vor all dem Neuen; er aber war unersättlich, und von einer Genusfähigkeit, die ihr fast bange machte. Bis er eines Tages ganz unvorbereitet sagte: „So, nun ist's genug, nun wollen wir heim.“ (Fortsetzung folgt.)

preussische Forstminister und die Regierung in Potsdam über-
haupt ihre Zustimmung zu diesen geplanten neuen Abholzungen
geben konnten, handelt es sich dabei doch um Teile des berühmten
Dauerwaldes, von dem der Zweckverband seinerzeit be-
hauptete, daß er „auf ewig“ für die erholungsbedürftige Ber-
liner Bevölkerung erhalten bleiben wird.

Sollte nicht noch rechtzeitig diesen ungeheuerlichen Waldver-
wüstungen ein energisches Halt geboten werden, so werden die
Ausflügler nach der Oberspreewald schon im nächsten Jahre, um in
den Wald kommen zu wollen, bis hinter Grünau, nach
Zenthen oder Schmöckwitz, fahren müssen, was sich kinderreiche
Familien in Anbetracht der geplanten neuen Fahrpreis-
erhöhung wohl nicht allzu oft werden leisten können. Es
wäre angebracht, daß die von den neuen geplanten Waldver-
wüstungen hauptsächlich getroffenen Ortschaften und auch das zu-
ständige Bezirksamt in Treptow energischen Protest dagegen er-
heben, zumal, wie bereits erwähnt, die früher abgeholzten Flächen
bei Niederflurweiden und Adlershof genügend Terrain für Sied-
lungsgesellschaften das Siedeln erst an zweiter
Stelle kommen soll, und daß man zunächst erst einmal den
aus den Abholzungen erhofften Gewinn erzielen möchte!

Die Ermordung der 71-jährigen Witwe Thielemann in
der Nacht zum 22. Juli beschaffte gestern das Schwurgericht
des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Marsch-
ner. Unter der Anklage des Raubmordes standen der Schlosser
Otto Riedel und der Landwirtschaftsgehilfe Paul Poser. Die
in der Köpenicker Straße 102 wohnende Frau Thielemann ist in
der Nacht zum 22. Juli beraubt und ermordet worden.

Die Witwe Thielemann war eine körperlich sehr hinfallige Frau,
die nicht nur an schwerer Arterienverhärtung, sondern auch an
Nierenkrampf und an Magenkrebs litt und deren Lebensdauer
voraussichtlich nur noch kurz bemessen war. Diese Todesfandi-
datur ist nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Störner
von den Mördern auf das grauamte behandelt worden. Sie
hatte den Angeklagten Riedel als Schlafbürchen beherbergt,
und dieser hatte, als er die Schlafstelle aufgab, noch die Schlüssel
zur Haus- und zur Wohnungstür bei sich. Riedel befand sich,
ebenso wie Poser, in Geldnot, und als die beiden sich über ihrer trauri-
gen Lage unterhielten, kam Riedel auf den Gedanken, daß sich bei
der Witwe Thielemann mit Hilfe der noch in seinem Besitz befind-
lichen Schlüssel sehr leicht ein Diebstahl würde ausführen lassen.
Die Angeklagten sind dann mehrere Male nach dem Hause Köpe-
nicker Straße 102 gegangen und erst beim dritten Male zur Aus-
führung der Tat geschritten. Riedel öffnete die Tür, und beide
schlichen auf Strümpfen in die Stube, wo die alte Frau schlief.
Als diese erwachte und fragte, wer denn da sei, antwortete Riedel,
daß er die Schlüssel abgeben wolle. Frau Thielemann merkte
aber, daß noch jemand in der Stube wäre, und als sie weiter fragte,
ist er dann zu ihrer Ueberrumpelung gekommen und sie ist wirk-
lich still gemacht worden. Die beiden Angeklagten, die von den
Rechtsanwälte Nielsenfeld und Schröder verteidigt wurden,
bestreiten, daß sie die Absicht der Ermordung gehabt haben und
wollen nur einen Diebstahl geplant haben. — Für die Verhand-
lung sind zwei Tage angelegt.

Unfall, Raubmord oder Unterschlagung? Seit dem 23. Sep-
tember, nachmittags, wird der Schneider Leopold Jablonski,
geboren am 13. 2. 1873 zu Insterburg, hier, Grunewaldstraße 9,
wohnhaltig gemeldet, vermisst. Der Vermisste, der sich auch Jag
(entsprechender Namensausdruck) nennt, hatte bei sich 50 000 bis
60 000 M. bares Geld, sowie einen Scheck über 10 000 M. und
einen andern Scheck über 300 000 M. Auf welche Banken die
Schecks ausgestellt sind, ist nicht bekannt. Der erste ist am 1. Ok-
tober 1921 zahlbar, der letztere erst nach sechs Monaten. Jablonski
war unter der Angabe, Geschäfte erledigen zu wollen, weggegangen,
hat auch noch telefonisch zu Hause angerufen, ist aber seit dieser
Zeit spurlos verschwunden. Der größere Teil des mitgeführten
Geldes ist nicht sein Eigentum. Es wird mit der Möglichkeit eines
Angriffes, eines Verbrechens oder auch einer Unterschlagung des
Vermissten gerechnet. Möglich ist auch, daß er in schlechte
Gesellschaft geraten ist. Flucht über die Grenze ist ebenfalls nicht
ausgeschlossen. Wer über den Aufenthalt oder Verbleib des Ver-
missten Auskunft geben kann, wird gebeten, der Nachrichten-
kommunikationsstelle über vermisste und unbekannte Tote beim Polizei-
präsidium Berlin, Zimmer 45 a, oder einer andern polizeilichen
Dienststelle Mitteilung zu machen.

Jugendweibe in Neufalken. Rund viertausend Personen füllten
am letzten Sonntag den Riesensaal der „Neuen Welt“ bis auf den
letzten Platz. 20 Kinder zogen unter Harmoniumklängen in den
Saal. Das Sophrino spielt in vollendet künstlerischer Weise
Wagners „Einzug der Gäste“ und Beethovens Adagio aus der
Sonate pathétique. Herr Armster von der Staatsoper singt
mit seinem herrlichen Organ Wolframs Gesang „Bild ich umher“
aus Tannhäuser und „Frühlingslied“ von Schumann. Wader
hält sich der Arbeiterkinderchor Neufalken mit Mozarts
schönem Bundeslied und der Volkswaise „Du wanderst in die Welt
hin aus“. Die Weiberede hält Genosse Schneider. Er läßt
noch einmal die Kindheit an den Augen seiner Zuhörer vorbeizie-
hen und gibt dann ein Bild der Zukunft, die der jungen
Menschenkindern harret. Schließlich ergriffen lauscht die Menge.
Die Rede klingt aus in ein Bekenntnis zum Sozialismus. Eine
schöne Feier, die zeigt, daß der Gedanke der Jugendweiben Wurzel
gefäßt hat, daß der Teil der Jugend, der ohne priesterlichen Segen
denns Leben wandern will, immer größer wird.

Soz. Proletariatsjugend Neufalken-Brig. Mittwoch, den 28. Sep-
tember 1921, im Sitzungssaal des Rathauses Brig, Chaussee-
straße 48, 1/28 Uhr, öffentliche Jugendversammlung. Thema: „Die
wirtschaftliche Lage und die Jugend.“ Referent: Gen. Krümer.

Gewerkschaftliches

Deutschnationale Ausbeutung

Sogenannter Patriotismus und Ausbeutung der nationalen
Parteien sind oft eng verknüpft. Die Deutsche Volkspartei,
die neueste Erbkore der Sozialdemokraten, beschäftigt in ihrem
Bureau, Bernburger Str. 21-22, einen Baker von 50 Jahren
der den horrenden Wochenlohn von 145 M. erhält. Eine weibliche
Hilfskraft, im Alter von etwa 23 Jahren, soll, wie uns mitgeteilt
wird, ganze 120 M. Monatslohn empfangen.

Solche Fettsüß-Löhne zahlt die politische Interessenvertretung
von Stinnes. Stinnes ist aber nicht der — schwarze Mann —
als der er bewertet wird. So haben wir's wenigstens in Görlich
gesehen. Ergo wurde Stinnes und seine Partei koalitionsfähig,
die die Regierung nun „verbreitern“ werden. Herrliche Zeiten
werden dann andrehen. Siehe obige Löhne... Und wenn dann
gefragt wird, woher es kam und wie's geschah, so werden hoffent-
lich die Herren Sozialdemokraten vortreten und demütig be-
kennen, daß sie sich geirrt haben... Oder nicht! —

Das Mitbestimmungsrecht

Ueber das Mitbestimmungsrecht der Betriebs-
vertretungen bei Einstellung und Entlassung
wird im Rahmen der Volkshochschule Groß-Berlin Genosse
R. Seidel einen Kursus halten, der folgendermaßen lautet:
„Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen der Arbeit-
nehmer auf die Schließung und Lösung des Arbeitsvertrages nach
dem Betriebsrätegesetz vom 12. 2. und 8. 11. 20.“ Der Kursus wird
an 8 Abenden zu je 1 1/2 Stunden in der Königsstädtischen Ober-
realschule, Faltenerstr. 44, abgehalten werden, wo auch, außer an
den sonstigen Verkaufsstellen, Hörerkarten zu haben sind.

Weiter wird über psychotechnische Eignungs-
prüfungen für Metallarbeiter in der demnächst beginnenden
Herbst-Arbeitsperiode der Volkshochschule Prof. Dr. Rupp
einen mit praktischen Versuchen, zum Teil an Lehrlingen, ver-
bundenen Kursus über die Frage der Lehrlings-Eignungs-
prüfung abhalten. Der Kursus bezweckt die Heranbildung eines
Stammes von Arbeitern, die sich in die einschlägigen Fragen
gründlich einarbeiten und zu einem selbständigen und kritischen
Urteil darüber befähigt ist.

Solidarität

Der Textilarbeiterverband schreibt uns: Durch die
Presse geht eine Notiz, daß die deutsche Delegation des inter-
nationalen Textilarbeiterkongresses für die streikenden Textil-
arbeiter in Frankreich 200 000 Francs bewilligt habe. Diese
Notiz ist unrichtig in diesem Sinne. Richtig ist, daß
der internationale Textilarbeiterkongress aus Mitteln des
internationalen Streikfonds 200 000 Francs bewilligt
hat. Der Antrag, diese Summe zu bewilligen, ist von einem deu-
tschen Delegierten begründet worden.

Die „Münchener Zeitung“ knüpft an die unrichtige Notiz die
Bemerkung: „Diese Geldsumme wird Deutschland noch teuer zu
stehen kommen, da das offizielle, kapitalistische Frankreich danach
trachten wird, Deutschland daran zu Ader zu lassen, daß es in
Zukunft zur Unterstützung französischer Streiks keinen Franc und
keine Mark mehr aufbringen kann.“

Diese „Einsicht“ der „Münchener Zeitung“ wäre schon vor etlichen
Jahren am Plage gewesen, zu einer Zeit, als Ludendorff und
Hindenburg im strategischen Interesse große Gebiete Frank-
reichs und Belgians dem Erdboden gleichmachten, oder auch schon
vor dem 4. August 1914. Es wäre uns dann jedenfalls sehr viel
Unheil erspart geblieben. Der Jammer der „M. Ztg.“ kommt
eben reichlich spät. Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck ersucht.

Vorläufige Lohnregelung im Buchdruckgewerbe

Dienstag abend nahmen die Berliner Buchdrucker zu dem vom
Hauptvorstand getroffenen Lohnabkommen in einer gut besuchten
Versammlung in der „Neuen Welt“ Stellung. Nachstehende Reso-
lution wurde gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die am 27. September stattgefundene Generalversammlung
steht in dem Ergebnis der letzten Lohnbewegung kein Resultat,
welches der durch den Tiefstand der Saluta und durch die
Steuerbelastung hervorgerufenen Verteuerung unserer Lebens-
haltung Rechnung trägt. Die Generalversammlung verlangt
daher vom Verbandsvorstand, daß er gemäß der von den Ge-
hilfsvertretern abgegebenen Erklärung bei dem ersten Anzeichen
der wachsenden Verteuerung sofort die nötigen Schritte einleitet,
um bereits im November eine weitere Erhöhung herbeizuführen.
Zu diesem Zwecke soll eine Verammlung der Berliner Ver-
trauensleute Ende Oktober dazu Stellung nehmen.“

In der vorangegangenen Diskussion erklärten alle Redner der
U. S. P. und S. P. D. unter den gegebenen Umständen ihr Ein-
verständnis zu dem Abkommen, da unter den gegenwärtigen Ver-
hältnissen durch einen Kampf nicht mehr zu erreichen wäre.

Unternehmerpraktiken

Wie die Schupo arbeitet.

Vom Verband der Holzarbeiter wird uns mitgeteilt, daß die
Büroamöbelfabrik Rahn, Inhaber Herr Fröhlich, ihren
Arbeitern Hungerlöhne bezahlt und durch eine raffinierte Aus-
beutungspraxis die Arbeiter noch in Schuldknechtschaft bringt.
Dabei übernimmt er Submissionsarbeiten, die es ihm ermöglicht,

anständige Löhne auszurichten. Da sein Betrieb bestreift
wird, bedient er sich staatlicher Machtmittel, die ihm bereit-
willig zur Verfügung gestellt werden. — Berlin hat ja dafür
einen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten! — Die Beamten
der Schupo haben sich auf dem Fabrikgrundstück der Firma eine
Wachstube eingerichtet und eskortieren jeden Pflanzwagen.
Ein radfahrender Streifenposten, der nur feststellen wollte,
wohin die Möbel geliefert wurden, wurde prompt verhaftet. —
Der Skandal der polizeilichen Uebergriffe hört nicht auf und
Herr Richter hat weder die Macht, noch ist er willens, diesen
unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Mit bloßen Pro-
testen ist da nichts getan. Die Sache muß politisch an-
gefaßt werden. Der 16. Oktober gibt da eine gute Gelegenheit,
die nationalliberalisierten sozialdemokratischen Herrschaften aus
dem Sattel zu heben. Tue jeder das Seine, dann wird der Er-
folg unser sein.

Angeforderte der Metallindustrie

Donnerstag, den 29. d. M., abends 7 Uhr, findet im Musiker-
Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine Versammlung
der IFA-Funktionäre der Metallindustrie statt.
In dieser Versammlung wird Bericht erstattet werden über den
bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen. Dem
Verband Berliner Metall-Industrieller sind zu einem Teil neu-
gestaltete Forderungen überreicht worden, die evtl. eine weitere
Verhandlungsgrundlage bilden können.

Es muß erwartet werden, daß jeder IFA-Funktionär der
Metallindustrie — Handlungsgehilfe, Bureauangestellte, Techniker
und Werkmeister — in dieser Versammlung anwesend ist, da
wichtige Beschlüsse zu fassen sind.
IFA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Ausgehobener Boykott im 12. Bezirk. Nachdem die
G. m. b. H. Schloßpark Steglitz, sowie die Direktion des Schloß-
parktheaters ihre Theateräle der organisierten Arbeiterschaft zu
allen Partei- und Gewerkschaftsveranstaltungen zur Verfügung stellt,
hebt die Gewerkschaftsunterkommission des 12. Bezirks infolge
dieser Vereinbarung den ausgesprochenen Boykott mit dem heutigen
Tage auf.

Kinobesitzer im Bunde mit Zuhältern. Unter dieser Ueber-
schrift gaben wir einer stark gekürzten Mitteilung Raum, die
wir vom Verband der Filmarbeiter erhielten. Dazu
erhalten wir jetzt folgende Berichtigung: Die in Nr. 432 Jenes
Blattes vom 15. September 1921 über mich veröffentlichten An-
gaben sind un wahr. Hermann Joch.

Parteiveranstaltungen

**Frauenflugblätter abholen am Freitag, den 29. September, im Frauenklub
Breite Str. 54.**
14. Bezirk, 8. Abteilung. Der gemeinsame Bescheid findet nicht am Mittwoch,
sondern am Donnerstag statt.

Mittwoch, 28. September

4. Verwaltungsbereich. Abende abholen im H. Hoffmann, Lohsestr. 12.
5. Verwaltungsbereich. 17. Bezirk. Kommunale Kommission. Sitzung Schreiner-
straße 18 bei Teich.
11. Bezirk. Die Abteilungsleiter werden gebeten, die Büllets für die Schul-
entlassungsfeier bei H. Guback, Mikroskopstr. 10, abzugeben. Die nicht
abgegebenen Büllets werden als verfallen betrachtet.
12. Bezirk. Abends 8 Uhr kurze Besprechung der Gruppenleiter und Abteilungs-
leiter zur Einsegnung der Herbstfeierstätten für Jollenberg bei Reumann,
Ede-Charlottenburger- und Köpenickerstr.

Donnerstag, 29. September

13. Verwaltungsbereich. Bezirk Treptow. 7 1/2 Uhr Direktorenkonferenz in Nieber-
schönweide, Berliner Str. 26.
14. Verwaltungsbereich (Köpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Grünau, Bahns-
dorf). Abends 7 Uhr wichtige Sitzung der gesamten Ortsvereine des Bezirks im
Lindenpark, Zimmer 42.
15. Verwaltungsbereich (Königsberg, Tegel). Abends 8 1/2 Uhr Vorstandssitzung
im Verwaltungsbereich, Zimmer 60, Hauptstr. 46, Königsberg-Ort. Vorstand,
Abteilungsleiter und Delegierte der Bezirkskommissionen müssen erscheinen.
16. Bezirk. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Heiliger, Fischerstr. 7.
17. Bezirk. Abends 7 Uhr Direktorenkonferenz bei Kallentin, Krausstr. 24. Ab-
teilungs- und Bezirksleiter sowie Delegierte der Kommissionen müssen erscheinen.
18. Bezirk (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Schewitz, Alie-Johann-
straße 24.

Bereinskalender

Donnerstag, 29. September

Deutscher Verkehrsband. Abteilung 29. Herrspruch- und Telephonbündnisse
für den D. V. D. Bezirk Berlin. Besitze und Präzise der Reichspost- und Tele-
graphenverwaltung vom gesamten D. V. D. Bezirk Berlin. Abends 7 Uhr große
öffentliche Versammlung im Refect. zum Fahrenhoffer, Alie-Johann-Str. 24 (Großer
Saal). Tagesordnung: 1. Der 2. Verbandstag und die Lehren aus der letzten
Schulbewegung. 2. Freie Aussprache.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin. Abends
8 Uhr Mitgliederversammlung für die 4 Berliner Bezirke. Tagesordnung: 1. Wahl
der Bezirksleitung. 2. Verschiedenes. Zutritt nur gegen Vorweisung des Mit-
gliedsbuches. Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt: 1. Ver-
waltungsbereich in Hansarubens heimlich, Neue Friedrichstr. 35. 2. Verwaltungsbereich im
Krieger-Vereinshaus, Chausseestr. 94. 4. Verwaltungsbereich in den Kubikeln
Neue Königin. 20. 3. Verwaltungsbereich in der Königsbau, Frankfurter Str. 117.
6. Verwaltungsbereich im Märkischen Hof, Admiralstr. 18a. Die Ortsverwaltung.
6. Verwaltungsbereich der Reichshilfen und Helfer. Geschäftsstelle Groß-Berlin. Abends
8 Uhr Versammlung aller in den Reichshilfen Elektrifizierungsbereich beschäftigten
Kollegen im Schultheil, Berlin, Alte Jakobstr. 23. Tagesordnung: 1. Tages-
bericht der Arbeitgeber. 2. Diskussion. Der Wichtigkeit der Tagesordnung ent-
sprechend ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
— Abends 6 1/2 Uhr Versammlung aller im Tiefbau beschäftigten Reichshilfen
Kollegen und Bergungsstellen bei Salensky, Reutchen, Köbbin, Ecke Parkstraße
Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz. 2. Beiträge zur
Reichskonferenz. 3. Schein aller Kollegen ist unbedingt Pflicht. Die Orts-
verwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin. Glas- und Leppich-
reinigungsbetriebe. Nachm. 4 Uhr große Brancherversammlung in Heinrichs Hof
14a, Gr. Frankfurter Str. 30, großer Saal. Tagesordnung: Bericht der Lohn-
kommission und Beschlußfassung.

Verantwortlich für Politik und Heiligkeit: Des Reichshilfen, Berlin-Grö-
benau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: H. Kubner,
Berlin; für den Parteiteil und politische Mitteilungen: E. Schulz,
Königsberg, Charlottenburg. — Verlagsanstalt „Freiheit“, G. S. m.
b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin S. 2
Breite Straße 54.



Ausser Konzern.

Qualitätsware seit 34 Jahren. Achten
Sie auf nebensiehende Schutzmarke.

Bergisch-Markische Margarine-Werke
F.A. Jssersiedl & Co. Ges.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

